

Wöchentlich 53 Pf., monatlich 1,60 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und 72 Pfg. Postbefreiungsbühren. Auslandabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Soll und Sein“ und „Kinderfreund“, „Berliner Frauenstimme“, „Tscholl“, „Bild in die Bäckerei“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Reparationsfrage 80 Pfennig, „Kleine Anzeigen“ des enggedruckten Wort 25 Pfennig (jeweils zwei Zeilenbreite), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, wochentags von 9 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wollfr. 65, Dr. S u. Eise.-Bel., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Partei falscher Hase.

Ein Angstprodukt der bürgerlichen Mitte.

Wissen Sie, was „falscher Hase“ ist? Eine undefinierbare Mischung aus allerhand Fleischresten, die sonst nicht weiter zu gebrauchen sind, versehen mit allerhand Zutaten, nicht Fleisch, nicht Fisch, das Ganze übergossen mit einer ebenso undefinierbaren Soße. Es wird angerichtet wie Hasenbraten, ist aber keiner, und niemand weiß, was eigentlich drin ist. Kurz: „falscher Hase“.

Es gibt in unserm Parteiystem allerhand Parteireste, die sonst nicht weiter zu verwerten sind, alt und müde gewordene Gruppen mit abgestandenen Ideen, daneben solche, die morgen müde sein werden, und wieder andere, die nur Abfallprodukte sind. Also: warum soll nicht ein geschickter politischer Kochkünstler daraus etwas zusammenschichten, das wenigstens von weitem einer Partei ähnlich sieht?

Der Gedanke ist so einleuchtend, daß sich ein politischer Küchenchef dazu fand. Herr Scholz hatte nach der Geburt der Regierung Brüning den Mut dazu, und schon damals wurde die Idee der Partei „falscher Hase“ geboren. Man nehme die Demokraten, dazu die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, würze das Ganze mit der Zutat der Volkskonservativen, gebe den Segen des Zentrums dazu, die Patronage des Reichspräsidenten, und dann ist alles getan. Es fehlt nur noch der Name.

Er wurde schon damals gefunden, aber nicht von Herrn Scholz, sondern von den lachenden Zuschauern. Sie nannten das Produkt: Partei falscher Hase.

Historische Gewissenhaftigkeit gebietet die Feststellung, daß die Partete nicht zusammenhalten wollte, obgleich Herr Scholz sich redliche Mühe gab. Er hat feierliche Reden über diese politische Erfindung gehalten, beschwörend und werbend, sei es in Königsberg, sei es auf dem Mannheimer Parteitag der Volkspartei, und die „Kölnische Zeitung“ hat ihm dabei assistiert. Aber es wollten nicht alle so wie er. Als die Sache ruchbar wurde, erhob sich Lärm bei den Demokraten, es kamen die Ablehnungen und die Beschwichtigungsversuche. Im stillen wurde weiter gemischt: mit Demokraten und Wirtschaftspartei, mit denen um Treviranus und denen um Mahraun, bis schließlich öffentlich bekanntgegeben wurde, daß die Sammlung gescheitert sei.

Jetzt brennt ihnen das Feuer auf den Nägeln. Was ist die Deutsche Volkspartei nach der Befreiung des Rheinlands ohne Stressemann unter der Führung von Scholz, was soll aus der bürgerlichen Mitte werden, die sich im Brüning-Blod diskreditiert hat? Herr Scholz hat darum sein Projekt wieder aufgenommen. Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat den folgenden Brief herumgeschickt:

„Die politischen Erfahrungen der letzten Jahre, das trostlose Bild der parlamentarischen Verhandlungen, die heillose Zersplitterung der politischen Kräfte, haben dahin geführt, daß die unerlässlichen Mittel zur Rettung der deutschen Wirtschaft und zur Abwendung der erschreckenden Arbeitslosigkeit nicht zur Verfügung gestellt werden konnten. Ueberaus ernste Gefahren drohen für den kommenden Winter!

In allen Bevölkerungskreisen, nicht zuletzt in den überparteilichen Organisationen, lebt ein starkes Sehnen nach Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat daher in seiner Sitzung vom 22. Juli einstimmig beschlossen, die Zusammenfassung aller derjenigen herbeizuführen, die, unter Zurückstellung des Trennenden, bereit sind, sich aktiv in den Dienst des Staates zu stellen. Namens des Parteivorstandes richtet der Unterzeichnete an die nachstehend genannten Parteien und Parteigruppen des Reichstags die Aufforderung, ihm mit möglichster Beschleunigung mitzuteilen, ob sie bereit sind, an einer zu diesem Zwecke einzuberufenden Besprechung teilzunehmen. Diese Einladung ergeht zunächst an die folgenden Parteien und Gruppen des Reichstags:

Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft, Deutsche Demokratische Partei, Gruppe Graf Westarp, Wirtschaftspartei.

Da ist sie wieder, diese famose Idee, die eine Promenadenmischung aus konservativ und liberal, aus republikanisch und monarchistisch, aus Demokraten und Deutschnationalen herstellen will! Noch ist bei Scholz erst die Rede von Besprechung und Zusammenfassung, aber in der „Kölnischen Zeitung“ liest man schon von der Notwendigkeit, zwei oder drei Parteien der Mitte zu zerbrechen, um sie in der „Deutschen Staatspartei“ aufgehen zu lassen. Staatspartei, nicht Volkspartei — der Name Volkspartei ist wohl anrüchig geworden?

Aber was sind die ideellen Grundlagen einer solchen Sammlung? Das staatsbejahende? Warum dann nicht gleich alle Parteien einbeziehen; denn eine wirklich

Der Wahlkampf eröffnet.

Otto Wels vor den Berliner Funktionären.

Die Berliner Sozialdemokratie hat den Kampf um den neuen Reichstag begonnen. Vor den Funktionären der Partei sprach gestern der Parteivorsitzende Genosse Otto Wels über „Die Sozialdemokratie und die Auflösung des Reichstags“. Schon lange vor Beginn der Tagung war der weite Raum bis zum letzten Platz gefüllt.

Nach kurzen Begrüßungsworten Franz Künstlers führte Otto Wels aus:

Am Rheine läuten die Glocken und verkünden die Befreiung des deutschen Stromes von fremder Besatzung. Viel Blut ist hüben und drüber um des Rheines willen geflossen. Falsche Patrioten sind es, die jetzt von Hindenburg-Wahlen sprechen. Der Rhein ist nicht durch sie befreit worden. Sie wollen im trüben fischen und jetzt sich wieder, nachdem sie in den schwersten Stunden abseits standen, nach vorn drängen. Hinter den sogenannten völkischen Belangen der Treviranus und Schiele stehen meist persönliche Interessen. Der Auftakt zu den Rheinfestern war die Auflösung des Reichstages, der zwei Jahre vor seinem natürlichen Ende auseinanderging.

Die Auflösung ist eine Auswirkung der sozialen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit.

Daß wir Sozialdemokraten die Auflösung durchsetzen gegen die bürgerlichen Parteien, die den Volkswillen ausschalten wollten, ist ein Ausdruck der gesteigerten Macht der Arbeiterklasse. Der Kampf zwischen denen, die am Tische der Herrschenden sitzen, und denen, die ihren Platz sich erobern wollen, ist härter und erbitterter geworden. Uns hämmert die Feststellung dieser Tatsache zwei mahnende Worte ein: „Organisation und Agitation!“ Der 14. September soll kein Freudenstag für eine faschistisch-kapitalistische Diktatur, sondern ein Ehrentag für die Kämpfer der sozialen Demokratie werden. Die Kampfpläne: „Die Sozialismus, dort Kapitalismus, hier Demokratie“, dort die Diktatur“ läßt uns alle Energien entsenden zum Kampfe. 9 Millionen Wähler sammelten sich im Mai 1928, eine Riesennarbe, um die Sozialdemokratie. Dennoch ist das zu wenig. 3 1/2 Millionen Wähler aus dem Proletariat ließen dem verhalbornten Sozialismus von Rostow nach, mindestens eine Million steht noch im Lager der bürgerlichen Gruppen. Sie müssen wir gewinnen, wenn wir die Mehrheit erlangen wollen. Und

die Eroberung der Mehrheit, das ist unser Ziel!

Im vergangenen Reichstag mußten zwangsläufig Koalitionen regieren. Nicht der Wahlsieg der Sozialdemokratie allein, sondern mehr noch die katastrophale Niederlage der Deutschnationalen brachte dem Genossen Hermann Müller das Amt des Kanzlers. Seine Aufgabe war außerordentlich schwer. Das Zentrum sträubte sich lange gegen die Beteiligung an der Koalition, stand zeitweise ganz abseits und hatte vorher nur seinen Beobachtungsposten Herrn von Guérard im Kabinett. In der Deutschen Volkspartei hatte Stressemann Mühe, sich gegen den ewigen Krisenmacher Scholz durchzusetzen. Trotzdem hielt sich das Kabinett Müller 1 1/2 Jahre, länger als alle andern Regierungen der Republik. Selbst in der Wirtschaftskrise 1929 gelang es ihm, die schlimmsten Angriffe der Unternehmerparteien gegen die Sozialpolitik und die Arbeitslosenversicherung abzuwehren. Wir brauchen uns der Arbeit des Kabinetts Müller nicht zu schämen. Ziehen wir nur zum Vergleich heran, was Brüning tat. Damals standen 270 000 Bergarbeiter im Wirtschaftskampf. Sie wurden durch Reichs- und Staatsmittel unterstützt dank Wiffell und Severing. Heute hat der Arbeitsminister des Zentrums, Stegerwald, den Spruch von Degenhausen genehmigt. Wenn wir uns das klarmachen, sagen wir uns:

Wahlkampf ist auch Gewerkschaftskampf.

Die Ermäßigung der Reparationslasten ist ein Verdienst des

Kabinetts Müller. Nach Locarno und Thoiry fuhr Stressemann immer wieder zu den Konferenzen, aber wirkliche Hilfe bot ihm erst das Auftreten Hermann Müllers in Genf, der, gestützt auf die internationale sozialistische Arbeit, die Forderungen aufstellte, die nachher verwirklicht wurden. Wenn die Propheten jetzt laudant und laudat dem Young-Plan an allem Schuld geben, wenn die Kommunisten durch Verdienst der Sozialdemokratie im Westen untergehen sehen (Heiterkeit), wenn Hitler sich wie der Hohepriester Aron vorstellt, der mit dem Stab an den Halsen Kopf und Kares Wasser quellen läßt (große Heiterkeit), so weisen wir darauf hin, daß auch das Siegerland England schwer unter der Arbeitslosennot leidet und daß das reiche Amerika 7 Millionen Arbeitslose hat. Die Halentreuzler, die sich zum Zweck des Arbeiterfangs „Sozialisten“ nennen, sind zugleich mit einem Hugenberg verbündet, der ein erklärter Feind der Arbeiterklasse ist. Bei den Führern der Halentreuzler handelt es sich fast immer um Leute, bei denen bei der militärischen Musterung gesagt wurde: Mäß 27 über der Brust, Maß 72 über dem Maul. (Große Heiterkeit.) Ähnlich liegen die Dinge bei den Kommunisten. Es sind gleiche Brüder mit verschiedenen Kappen.

Wir Sozialdemokraten ringen um das Volk und vor allem um die Arbeiterklasse in ernstem Kampfe. Deshalb verbitten wir es uns, daß der demokratische Reichsfinanzminister Dietrich sich an uns mit dem Worte wendet, daß wir nicht zu einem Volk von Interessenspolitikern, sondern zu einem Staatsvolk werden müssen. Was war der Hausbesitzerreflexion anderes als Interessenspolitik? Bertritt nicht die Wirtschaftspartei, zu der zahlreiche Wähler der Demokraten abgewandert sind, Interessenspolitik in Reinkultur? Wir Sozialdemokraten wollen das Wohl des Ganzen, weil wir als großes Ziel die Befreiung aller Schaffenden vor uns sehen. Für die Stille haben Severing und Braun mehr getan als Brüning und Schiele, aber sie sorgten nicht für die Großen, sondern für die Kleinen. Das Wort: Mehr Macht dem Reichspräsidenten! hat seinen Niederschlag gefunden in dem Hindenburg-Brief an Braun, der einen schweren Eingriff in preussische Regierungsbefugnisse darstellt.

Es ist nicht wahr, daß der Reichskanzler Brüning vom Inhalt des Hindenburg-Briefes an Braun nichts gewußt hat. Kluglich ist vielmehr, daß unter Brünings Mitwissen Staatssekretär Pünder an der Abfassung mitgewirkt hat.

Der Aufruf der Reichsregierung an die Wähler weicht von der Wahrheit ab, wenn er sagt, daß „der Reichstag die Mittel für den Etat verweigert habe“. Die Sozialdemokratie war bereit, die notwendigen Mittel zu bewilligen, wenn soziale Rücksichten genommen wurden. Das aber wollte man nicht. So kam es zum Hurenritt des Reichspräsidenten in die Politik, kam es zur Verletzung der Verfassung unter dem Einfluß von Oldenburg-Januschau und Treviranus.

Es ist bedauerlich, Josef Wirth in dieser Gesellschaft zu sehen,

der einst das Wort sprach: „Der Feind steht rechts“, und der jetzt den Verfassungsbruch verteidigt. Wirth hat unrecht, wenn er von einer Krise des Parlamentarismus spricht. Es gibt in Deutschland nur eine Krise der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die allein wirklich die Demokratie und mit ihr die Sache des ganzen Volkes vertritt. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat mir zum Vorwurf gemacht, daß ich in der Fraktionsitzung der Sozialdemokratie im Reichstag gesagt habe, wir werden den Sieg erkämpfen

unter unseren alten roten Fahnen!

Die Sozialdemokratie läßt sich ihre alten Kampfzeichen nicht rauben. Sie ist entschlossen, unter diesen Zeichen Position auf Position in

anarchistische Partei gibt es in Deutschland überhaupt nicht. Die Extremen ganz rechts und ganz links sind nicht nur staatsbejahend, sondern geradezu staatsabsolutistisch, bei ihnen ist das Maximum dessen, was Herr Scholz als Wesenszug der Sammlung haben will! Vom Wesen des Liberalismus ist bei ihnen allerdings nichts zu finden — aber wo ist er schließlich in dem Scholzischen Projekt? Man liest in der „Kölnischen Zeitung“: „Sind Volkspartei, Demokraten und Wirtschaftspartei nicht gleichermäßen fortschrittlich eingestellt?“ Da haben wir den geist- und ideenlosen allgemeinen Fortschrittsbrei! Von der Tradition der bürgerlichen Demokratie und des Liberalismus, vom politischen Idealismus im deutschen Bürgertum bleibt nicht einmal ein Rest — nur noch eine trübe Fortschrittsuppe, in der die Interessenten herumwatschen können nach Belieben.

Diesen Brei will Herr Scholz nun auch noch vermengen mit den agrarischen Interessen und den monarchisch-konservativen Tendenzen! Wo um alles in der Welt ist das Ge-

meinsame? Man suche es nicht in einer ideellen politischen Zielsetzung! Das einzig Gemeinsame wäre die Furcht vor der Arbeiterklasse und die gemeinsame Wahlkassette!

Diese Sammlung Modell Scholz ist ein eklanter Zusammenbruch. Die Partei Stressemanns, die nach dem Tode des Führers ihre Existenzberechtigung verloren hat, gibt sich selbst auf. Sie hat so wenig eine tragende Idee wie Herr Scholz Geist. Die völlige Preisgabe aller liberalen Tradition, die Beiseiteschiebung aller politischen Problematik, die Verwischung aller Grenzen nach rechts hin ist das Geständnis eines vollständigen geistigen und politischen Bankrotts — und das Wissen darum erzeugt bei Scholz und den Seinen den Wunsch, von dem Wahlbankrott in einen gestaltlosen Brei zu stücheln!

Deshalb der zweite Versuch, die Partei falscher Hase zusammenzubrauen!

Angst vor der Sozialdemokratie, Angst vor der Wahl-niederlage hat ihn geboren. So sieht es am Beginn des Wahlkampfes im bürgerlichen Lager aus!

Kommune, Staat und Reich zu erobern. Sie will das gleiche Recht aller an allem, was das Leben lebenswert macht. Uns geht es um den Sieg der sozialen demokratischen Republik. Wir führen unseren Kampf nach dem Worte, das in diesem Saale August Bebel ausrief: Vorwärts, drauf und durch! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Nach einer kurzen Disputation schloß der Vorsitzende Genosse Künzler die gewaltige Versammlung mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratische Partei.

Am Sonnabend, dem 16. August, wird der Berliner Bezirksparteitag eröffnet werden, dessen Verhandlungen sich auch auf Montag, den 17. August erstrecken werden. An öffentlichen Kundgebungen ist zunächst die Antikriegskundgebung am 1. August im Lustgarten vorgesehen. Am letzten Sonntag vor der Wahl, dem 7. September, wird eine Massenversammlung im Sportpalast stattfinden. Die Berliner Organisation steht bereits mitten in der Arbeit und im Kampf. Die Sozialdemokratie soll nicht nur die stärkste Partei Berlins bleiben, sondern ihren Vorsprung vor den anderen Parteien noch vergrößern. Dafür sind alle Kräfte eingesetzt!

Der Reichswahlleiter ernannt.

Prof. Wagemann, Präsident des Statistischen Reichsamts.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Statistischen Amt, Geheimen Regierungsrat Messinger, ernannt. Für den Fall der Behinderung des Reichswahlleiters und seines Stellvertreters wird das Mitglied des Statistischen Reichsamts, Oberregierungsrat Dr. Busch, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswahlleiters beauftragt.

„Konservative Volkspartei“.

Einigung zwischen Westarp und Treviranus.

Die Sammlungsbestrebungen auf der Rechten stehen vor dem Abschluß. Die Westarp-Gruppe und die „Volkskonservativen“ unter Treviranus haben sich verständigt und werden am Mittwoch als „Konservative Volkspartei“ mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit treten. Die Schiele-Gruppe und die übrigen deutschnationalen Splitter aus der Landwirtschaft ziehen als Landvolkspartei mit Unterstützung des Reichslandbundes in den Wahlkampf.

Die Frage, ob zwischen beiden Gruppen eine Listenverbindung erfolgt, dürfte erst am Mittwoch nach Abschluß der Tagung des Reichslandbundes geklärt werden. Im Vorstand des Reichslandbundes herrschen über die Zweckmäßigkeit einer derartigen Listenverbindung am Dienstag noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Hugenberg's Fraktion verwaist.

Weitere sechs Reichstagsabgeordnete ausgetreten.

Die bisherigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Philipp, Dr. Rademacher, Hartmann und Damisch, die in Sachsen gewählt waren, haben Hugenberg ihren Austritt aus der Deutschnationalen Partei mitgeteilt.

Ferner sind der General und Adjutant des ehemaligen Kronprinzen Graf von der Schulenburg sowie der Reichsanwalt Hampe, die beide im letzten Reichstag ein Abgeordnetenmandat innehatten, aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten.

„Sie konnten zusammen nicht kommen.“

Neue Pleite des sächsischen Antimargistenbloas.

Dresden, 22. Juli.

In der heutigen Landtagsitzung wurde die Wahl zum Ministerpräsidenten wiederholt. Der erste Wahlgang war ungültig, da von den 96 Stimmberechtigten 97 Stimmzettel abgegeben worden waren. Die Wahl wurde daher wiederholt. Im zweiten Wahlgang wurden 96 Stimmzettel abgegeben. Es erhielten Reichstagsabgeordneter Lipinski (Soz.) 32, Landtagsabgeordneter Weber (Wirtschaftspartei) 31, Landtagsabgeordneter Dr. Frisch (NatSoz.) 14, Dr. Renner (Komm.) 13 Stimmen. Der Rest verteilte sich auf Splittergruppen. Da wiederum keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat, ist die Wahl ergebnislos geblieben.

Auflösungsanträge im Sächsischen Landtag.

Dresden, 22. Juli.

Im Landtag beantragte heute vor Eintritt in die Tagesordnung der Abgeordnete Renner einen kommunistischen Antrag auf die heutige Tagesordnung zu setzen, wonach der Landtag nach Erledigung der dringendsten Vorlagen zur Arbeitsbeschaffung sich auflösen soll. Da hiergegen Widerspruch erhoben wurde, wird der Antrag heute nicht verhandelt werden. Ferner hat die nationalsozialistische Fraktion einen Antrag auf Landtagsauflösung eingebracht. Der Abgeordnete Edel (Soz.) erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht für die Anträge stimmen werde, da sie nicht beabsichtige, das parlamentarische System durch andauernde Wahlen diskreditieren zu lassen.

Als Nachfolger Kreszinski auf dem Berliner Botshofposten wird in Meldungen aus Koflau Suriz, derzeit Botshofposten in Angora, genannt. Auch von Koflaw ist die Rede, obwohl er ungeachtet des starken Mißtrauens, das ihm als „Rechtsabweicher“ trotz seiner Reueklärungen auf dem jüngsten Parteitag entgegengebracht wurde, kaum auf einen solchen Vertrauensposten ins Ausland entsandt werden dürfte. Er soll übrigens gestern sein Amt als Vorsitzender der Volkstommission niedergelegt haben. Obgleich wenig wahrscheinlich ist die dritte Meldung, wonach Tschitschewin als Botshofposten in Paris in Aussicht genommen sei.

Unruhen in Korea. In der Stadt Tansen in Ostkorea unternahm die Bevölkerung wegen der Verhaftung einiger Bauern, die beim Wilderfang betroffen worden waren, einen Sturm auf Stadthaus und japanisches Polizeiquartier. Die 200köpfige Menge, die mit Gummiknüppeln und Lanzen bewaffnet war, konnte nur durch starkes Polizeiaufgebot gestreut werden. Dabei wurden vier Koreaner getötet und 26 verletzt. Keun Poligisten erlitten Verletzungen.

Artikel 48 und Ständiger Ausschuß

Die Befugnisse sind umstritten.

Die Reichsregierung beabsichtigt, noch im Laufe dieser Woche neue Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung zu erlassen. Welchen Inhalt diese Verordnungen haben werden, steht bisher noch nicht fest. Starke Kräfte fordern von der Regierung, von Artikel 48 in großem Umfang Gebrauch zu machen und alle die Dinge zu erledigen, die im Reichstag auf Schwierigkeiten stoßen. Andere halten dem entgegen, daß man durch derartige Maßnahmen nicht nur die Aussichten der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf verschlechtere, sondern auch Konflikte mit dem neuen Reichstag heraufbeschwöre. Diese Kräfte wünschen deshalb, daß die Regierung nur diejenigen Maßnahmen mit Artikel 48 verordne, die ihrem alten Programm entsprechen und für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung unerlässlich seien.

Die Mitteilung, daß nach Erlaß der Verordnungen der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Ueberwachungsausschuß) zusammenzutreten werde, eilt den Tatsachen voraus. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung zu wahren. Die Frage, ob er auch Verordnungen des Reichspräsidenten, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, aufheben kann, ist bisher durch die Praxis nicht geklärt worden. Die Reichsregierung vertritt jedoch den Standpunkt, daß

dem Ausschuß ein solches Recht nicht zusteht, da es sich nicht um Verordnungen der Reichsregierung, sondern um solche des Reichspräsidenten handelt, und da durch diese Verordnungen Rechte der Volksvertretung nicht verletzt werden. Im übrigen sei der Ueberwachungsausschuß kein Ersatz für den Reichstag. Das Recht zur Aufhebung von Verordnungen auf Grund des Artikels 48 stehe nur dem Reichstag zu, nicht aber einem seiner Ausschüsse.

Die Zuständigkeit des Ueberwachungsausschusses ist aber zweifellos bei Verordnungen der Reichsregierung notwendig, die normalerweise die Billigung des Reichstags oder eines seiner Ausschüsse erforderlich machen. Das gilt zum Beispiel von der geplanten Verordnung über die Aufhebung der Kapitalertragsteuer, für die ausdrücklich im Gesetz die Zustimmung eines Reichstagsausschusses vorgesehen ist. Da der dafür sonst in Frage kommende Ausschuß nicht besteht, so wäre hier der Ueberwachungsausschuß zuständig.

Eine endgültige Entscheidung über die Einberufung des Ausschusses dürfte erst zu einer späteren Zeit erfolgen. Der Ausschuß hat 28 Mitglieder: 9 Sozialdemokraten, 4 Deutschnationale, 4 Zentrum, 3 Volkspartei, 3 Kommunisten, 2 Wirtschaftspartei, ferner je 1 Demokrat, Bayer. Volksparteiler und Christlich-Rationaler. Vorsitzender ist der Sozialdemokrat Henke.

Naziabgeordnete unter sich.

Lumpen und große Lumpen.

Chemnitz, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Im Herbst vorigen Jahres zogen in das Stadtparlament zu Annaberg i. Erzgeb. die Nationalsozialisten auf den ersten Anruf mit zehn Mandaten ein. Die Zehn-Mann-Fraktion ist ein getreues Spiegelbild der Zustände in der gesamten Hitler-Bewegung. Noch nicht einmal ein Jahr sind jene Nazis in Amt und Würden und schon geht es in der Fraktion drunter und drüber. Korruptionserscheinungen sind an der Tagesordnung.

Auf der Liste der Nationalsozialisten stand zunächst ein gewisser Krauß. Als er befürchtete, daß man in der Hitler-Partei an seiner Vergangenheit Anstoß nehmen könnte, ging er zu den Kommunisten und bot diesen Material gegen die Hitler-Partei an. Bisher aber hat man nicht vernommen, daß Krauß inzwischen abgeschlossen worden sei. Wahrscheinlich fürchten die Hitlerianer seine Enthüllungen.

Größere Sorgen aber bereitet den Nationalsozialisten ihr Stadtverordneter Hofmann, der sich als Herausgeber eines nationalsozialistischen Revolverblattes für Annaberg besonders hervortut. Dieser Revolverjournalist wurde kürzlich vom bürgerlichen Stadtverordnetenvorsteher in öffentlicher Sitzung ein Verleumder, Lügner, Schwindler und Gauner genannt. Hofmann weiß genau, daß er viel Dreck am Stecken hat und versucht die gerichtlichen Aburteilung, bei der sein Vorleben bekannt geworden wäre, mit der Bemerkung zu entgehen, daß er sich nicht beleidigt fühle. Wie steht es mit ihm? Er hat sich zu Hitler geschlagen, um Münchener und seinen Lebenswandel nachahmen zu können. Das Zahlen der Alimenter überläßt Hofmann getroffen der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Als dieser Tage die Stadtverordnetenliste ausgearbeitet werden sollten, wurde Hofmann auf das Wohlfahrtsamt bestellt und ihm dort eröffnet, daß seine Diäten von der Stadt gepfändet worden seien. Nun stellen sich die Nationalsozialisten hin und erklären stolz, Hofmann habe „freiwillig“ auf die Diäten zugunsten seiner Kinder verzichtet.

Kein Wunder, wenn die braven Bürger im Nazilager angesichts der geschilderten Zustände meckern. Zu ihnen gehört der inzwischen aus der nationalsozialistischen Fraktion ausgetretene Gastwirt Körnig. Sein Mandat hat er nicht niedergelegt. Deshalb soll er jetzt entlarvt werden. Als die Kandidaten der Hitler-Liste aufgestellt wurden, mußten sie eine Erklärung unterschreiben, die nach Aussagen von Nationalsozialisten folgenden Wortlaut hat: „Wenn ich aus der Partei austrete, bin ich ein Lump. Wenn ich dann das Mandat behalte, bin ich ein großer Lump.“ Körnig soll sich nun, weil er das Mandat behält, selbst gerichtet haben. Er oder erklärte in der Stadtverordnetenversammlung: „Hätte ich als Gastwirt gewußt, daß bei der Nationalsozialistischen Partei so große Lumpen Unterschlupf finden, so wäre ich nie zu ihr gegangen und niemals hätte ich eine solche Erklärung unterschrieben, die jetzt zur Erpressung gegen mich benutzt wird.“

Kommunistische Revolverhelden.

Ein Abtrünniger wird unter Feuer genommen.

Stettin, 22. Juli. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Dienstag wurde hier der frühere kommunistische und jetzige nationalsozialistische Arbeiter Max Köhler von Kommunisten verfolgt, weil er in öffentlichen Versammlungen gegen seine frühere Partei Stellung genommen hatte.

Die kommunistischen Gegner des Köhler hatten erfahren, daß er sich am Montagabend in einem nationalsozialistischen Lokal aufhielt und laurierte ihm dort auf. Köhler war inzwischen gewarnt worden. Er flüchtete aus dem Lokal und fuhr in einem Auto zu seiner Wohnung. Die Kommunisten setzten ihm nach, versuchten in sein Haus einzudringen und gaben, als ihnen das mißlang, mehrere Schüsse durch das Fenster seiner Wohnung ab. Köhler hielt sich unterdessen in der Nähe seiner Wohnung verborgen. Als er schließlich hervorkam, nahmen in die Kommunisten unter Feuer, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Hauptschüsse ein Kommunist Priebke, konnte verhaftet werden.

Ueberfall auf Schleswiger Reichsbannerleute.

Jlansburg, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Am Dienstagmorgen kam es im Norden der Stadt zu schweren Ausschreitungen von Kommunisten. Im Anschluß an eine kommunistische Demonstration gerieten Kommunisten mit Reichsbannerleuten in einen Streit, der zu einer regelrechten Schlägerei ausartete. Mehrere Kommunisten folgten einem Reichsbannermann in seine Wohnung und mißhandelten ihn dort.

Als die Schutzpolizei einen der Kommunisten nach der Polizeiwache bringen wollte, wurde sie von mehreren Kommunisten tätlich angegriffen. Einer der Beamten wurde von einem

Kommunisten mit einer Eisenstange zu Boden geschlagen, ein anderer erhielt mehrere Faustschläge ins Gesicht. Es entstand schließlich eine große Menschenansammlung, die gegen die Polizei eine drohende Haltung einnahm. Der Polizei blieb nichts anderes übrig, als sich der Angreifer mit dem Gummifnüppel zu erwehren. Mehrere Kommunisten wurden festgenommen.

Verbot der Kommunistenkundgebung.

Eine Warnung des Berliner Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident teilt mit: Anhänger der kommunistischen Partei verbreiten Flugblätter, in denen aus Anlaß des sogenannten Welttreffens der Arbeiterkinder in Berlin für Donnerstag, den 24. Juli, zu Kundgebungen an den Arbeitsnachwehen, Stempelstellen und ähnlichen Orten aufgerufen wird. Diese Veranstaltungen, die mit Kindern durchgeführt werden sollen, sind verboten worden. Gegen etwaige Umgehung des Verbots wird eingeschritten werden.

Ludendorff bei Hamkens.

Tannenbergbund in Ostpreußen.

Jahoe, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Bei der hiesigen Zeitung „Das Landvolk“ hat sich ein Zwischenfall ereignet, der ein eigenartiges Licht auf den Landvolkprozess wirft. Schon vor einigen Wochen soll bei der Organisation Ludendorff erörtert worden sein, daß der Tannenbergbund die Zeitung „Das Landvolk“ zu seinem Organ machen wolle. Inzwischen scheint die Mehrheit der Anteile in den Besitz von Anhängern des Tannenbergbundes übergegangen zu sein. Vor einigen Tagen erschien nun ein Vertreter des Tannenbergbundes, D. Weitzer, um als Chefredakteur in die Zeitung einzutreten. Als die dortige Redaktion ihn nicht anerkennen wollte, ließ der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Landmann Busch-Gendorf, die Redakteure Bromm, Winter und Kühl durch einen herbeigerufenen Polizeibeamten aus der Redaktion weisen! Wie man hört, schwanden Verhandlungen über den Zwischenfall, weil der Vorsitzende des Aufsichtsrats zu seiner Handlung nicht berechtigt gewesen sein soll. Der Landmann Busch-Gendorf wie auch die Redakteure Bromm, Winter und Kühl befinden sich gemeinsam unter den Angeklagten im Landvolkprozess.

Der Nationalsozialist Bothmann, der bei der großen Prügelei der Nationalsozialisten in Albersdorf schwer verletzt und mit einem gebrochenen Bein dem Krankenhaus in Weidorf zugeführt werden mußte, befindet sich in großer Lebensgefahr. Zu der Verletzung hat sich noch Wundbrand eingestellt, so daß mit schweren Komplikationen gerechnet werden muß.

Hakenkreuz und Offenbarungseid.

Die Hitlermänner beschwören ihre Pleite.

Aus Göttingen wird uns geschrieben: Am 1. Februar 1928 hielten die Nationalsozialisten im Centralhotel eine öffentliche Versammlung ab. In deren Verlauf kam es zu Tätlichkeiten zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten, wobei ein großer Teil des Inventars demoliert wurde. Daß die Nationalsozialisten auf Grund des Mietvertrages verpflichtet waren, dem Wirt den Saal in seinem früheren Zustande wieder zurückzugeben und den Schaden zu ersetzen, ist selbstverständlich. Die Nationalsozialisten waren jedoch anderer Meinung. Obwohl die Versammlung an den Tischgängen und im nationalsozialistischen „Göttinger Tageblatt“ angekündigt, und obwohl die Saalmiete durch ein Vorstandsmitglied der Nazis an den Wirt gezahlt war, behaupteten sie, nicht sie, sondern ein Dritter habe den Saal gemietet, ohne Auftrag dazu zu haben. Dabei stand weiter fest, daß die Nationalsozialisten einen besonderen Saalbau in Stärke von 40 Mann gestellt hätten.

In beiden Instanzen wurden die Nationalsozialisten auf Grund des Mietvertrages verurteilt, den angerichteten Schaden (einschließlich Gerichtskosten etwa 1200 Mark) zu ersetzen. Trotz des Urteils weigerte sich die nationalsozialistische Partei, dem geschädigten Wirt das Geld zu zahlen. Den Schluß dieser Affäre bildet nun die Ableistung des Offenbarungseides, den die beiden Vorstandsmitglieder der Hitlerpartei, der Lokomotivführer Ullendorf und Oberpostsekretär (!) Schaper für die verschuldete Partei mit gutem Gewissen ablegten!

Schweiz rächt Mailandflug? Die Schweizer Kantonalpolizei hat in Bellinzona den Bauernnach Angelos Cardis verhaftet, der bei der Ankunft und dem Abflug des Flugzeuges Bossensis in Dobrino zugegen und den Fliegern behilflich war. Er ist der Sohn eines italienischen Vaters und einer Schweizer Mutter.

Eindrucksvolle Rede Macdonalds.

Schluß der interparlamentarischen Konferenz.

London, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Die Interparlamentarische Union beendete am Dienstag ihre Arbeiten. Zum Vorsitzenden für das neue Geschäftsjahr wurde der Sozialist Buisson, Präsident der französischen Kammer, gewählt. Beifig sind Schüding-Deutschland, Lafontaine-Belgien, Wolfes-Dänemark und Popp-Rumänien.

Am Schluß erschien stürmisch begrüßt Macdonald, um den 500 aus allen Ländern versammelten Parlamentariern die Abschiedsgrüße des britischen Volkes zu übermitteln. In einer großen Rede feierte der Ministerpräsident die

Demokratie und den Frieden als höchstes Gut der Völker und Zukunft der Menschheit.

Der Friede sei aber nur zu erhalten durch die stetige und fortschreitende internationale Abrüstung, durch die soziale Wohlfahrt der Völker und den sozialen Aufstieg der Massen. Es sei ein ökonomisches Gesetz, daß die Wohlfahrt einer einzelnen Nation sich nicht trennen lasse von der Wohlfahrt aller. In diesem Gesetz liege begründet, daß die Lösung der sozialen Frage nur international möglich sei. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit der internationalen ökonomischen Zusammenarbeit und zugleich die

Notwendigkeit der staatlichen Kontrolle des Kapitals.

In diesem Sinne hat Macdonald die Anwesenden in ihrer Heimat und in ihren Parlamenten zu arbeiten, damit die Wohlfahrt der Völker gefördert werde und der Friede erhalten bleibe.

Die Rede Macdonalds wurde in tiefem Schweigen von der Versammlung entgegengenommen. Als der Ministerpräsident geendet hatte, erhob sich der gesamte Kongreß und bereitete ihm eine minutenlange stürmische Ovation.

Reichskonferenz der Arbeiterparteien.

London, 22. Juli. (Eigenbericht.)

In London tagt zur Zeit die dritte Konferenz der Arbeiterparteien des britischen Gesamtreiches. Die Tagung wurde eingeleitet mit einer ausführlichen Rede des Kolonialministers Thomas. An der Tagung nahmen auch für die sozialistische Internationale Fritz Adler und für die Gewerkschaftsinternationale Sassenbach teil. Die Sitzungen sind vertraulich.

„Manchester Guardian“ über die Rolle der Sozialdemokratie.

London, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Der „Manchester Guardian“ schreibt in einem Artikel zur politischen Lage in Deutschland, die Sozialdemokratie habe in den vergangenen Krisenwochen eine beachtenswerte Staatsmannschaft gezeigt und besonders in den Tagen vor der Reichstagsauflösung sei die sozialdemokratische Politik klar und bestimmt gewesen. Die Attaken Breitscheldts und Landbergs in den großen Debatten wären treffsicher und vernünftig gewesen. Gleichzeitig aber habe die Sozialdemokratie konstruktive Vorschläge zur Lösung des Finanzproblems vorgelegt.

Der „Manchester Guardian“ tritt zum Schluß seiner Betrachtungen der Ansicht entgegen, als herrliche gegenwärtig in Deutschland eine Diktatur. Der gegenwärtige Zustand, durch Verleumdungen, sei mehr technisch als politisch zu bewerten. Die bisherigen Treiber seien zur Errichtung einer Diktatur seien zunächst gemacht. Wenn dem so sei, so sei das vornehmlich der Arbeit der Sozialdemokratie zu verdanken.

Schiffsbauprogramm angenommen.

Gegen eine Minderheit der Arbeiterpartei.

London, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus genehmigte mit 293 gegen 27 Arbeiterpartei das Schiffsbauprogramm. Die Konservativen forderten im Verlauf der Debatte eine beträchtliche Vermehrung der Plätze. England sei noch niemals so wehrlos gewesen wie heute. Ein Antrag der Konservativen auf Erweiterung des Schiffsbaus wurde jedoch abgelehnt, desgleichen ein Antrag des unabhängigen Arbeiterpartei-Kennworthy auf Streichung der Erfabauten.

Ein konservativer Antrag, den auf fünf Tage von den Sitzungen des Unterhauses ausgeschlossenen Abgeordneten der unabhängigen Arbeiterpartei, Baskell, für sein Verhalten noch besonders zu bestrafen, fand nicht die Zustimmung Macdonalds. Der Ministerpräsident hat das Haus, im Interesse der parlamentarischen Würde den unerquicklichen Vorgang nicht weiter zu erwähnen.

Die mazedonische Feme.

Steckbrief gegen den heimlichen König.

Sofia, 22. Juli.

Die Untersuchung wegen der Ermordung des Publizisten Wolff Bundest im März ist abgeschlossen. Der Staatsanwalt hat gegen die in Haft befindlichen Mörder, zwei Mazedonier, Anklage erhoben und sie auf das Mitglied des Hauptausschusses der Imro, Iwan Michailoff, ausgebeutet, der als Anführer zum Mord bezeichnet wird. Die Mörder haben bekundet, daß sie Michailoffs schriftlichen Befehl zur Ermordung Bundests zugestimmt bekommen. Die Befehle der Imro, die für die Mitglieder verbindlich sind, verlangen unweigerliche Ausführung eines Befehles; Nichtausführung wird mit dem Tode bestraft. Da Iwan Michailoff unauffindbar ist — nach serbischen Meldungen soll er sich in der Schweiz befinden — wird er im „Staatsanwaltschaft“ aufgefordert werden, sich der bulgarischen Behörde zu stellen.

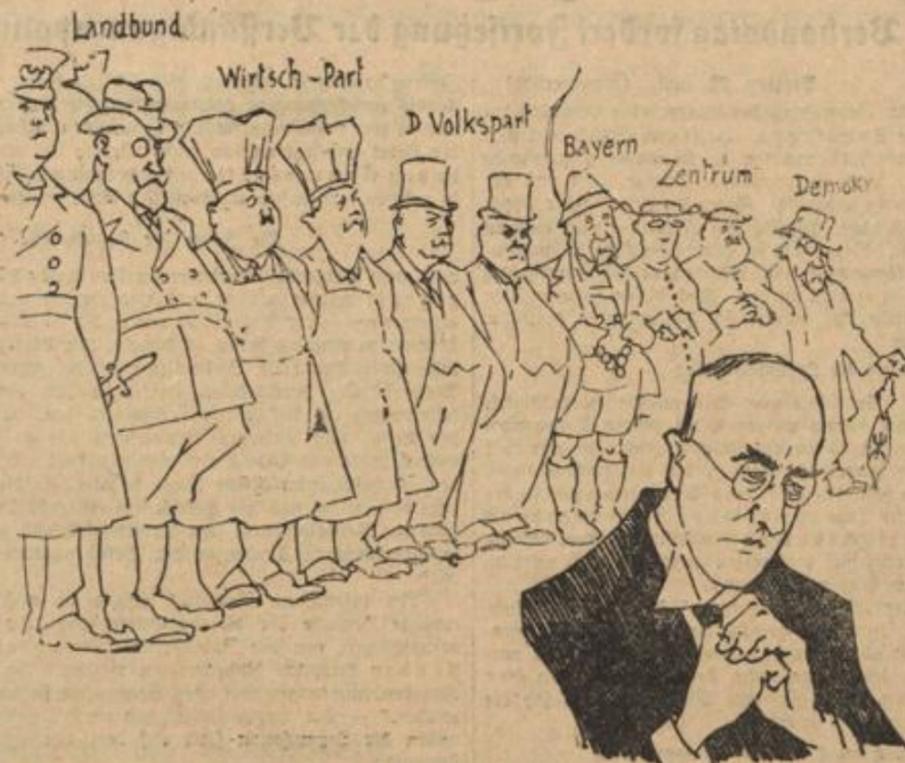
Geheimkonferenz verpöffen.

Rotfront ausgekniffen.

Prag, 22. Juli. (Eigenbericht.)

In einer Geheimkonferenz wollten die Proger Kommunisten Vorbereitungen zu einem „Roten Tag“ treffen. Der Ort der Konferenz war wegen der Polizei bis wenige Stunden vor Beginn selbst den Delegierten streng geheimgehalten worden. Er befand sich an der Stadtgrenze von Prag. Als die Konferenz kaum begonnen hatte, führte ein Delegierter mit den Worten in den Saal: „Die Polizei ist da!“ Die Delegierten schlugen die Fenster ein und stüchteten. Nur einen kleinen Teil konnte die Polizei festnehmen. Wie sich herausstellte, ist die Polizei über die kommunistische „Geheimkonferenz“ von einem kommunistischen Delegierten verplänklert worden.

Brünings Bürgerphalanx.



„Verzagt nicht, meine Getreuen: vor der Schlacht wartet Ihr schon zu wenig, nach der Wahlschlacht werdet Ihr noch viel weniger sein.“

Einigung im Exil.

Der Einigungskongreß der italienischen Sozialisten in Paris.

Paris, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Auf dem Einigungskongreß der italienischen Sozialisten waren die sozialistischen Parteien der ganzen Welt vertreten. Für die Internationale waren Vandervelde, Leon Longuet und Friedrich Adler zugegen, für die britische Labour Party George Latham, De Brouckere und Van Roesbroel für die belgischen Sozialisten, Ellenbogen für die deutschösterreichische Sozialdemokratie, Stomorowski für die russischen, Beretelli für die georgischen, Pi Ching Ling für die chinesischen Sozialisten, ein Vertreter der argentinischen Partei und einer der Poala Zion. Die französischen Genossen, die in ihrem schönen Parteihause dem Kongreß gastlich gewährt, waren durch die Genossen Jean Bism und Paul Faure vertreten, die ungarischen durch Josef Bana. Der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie, Crispian, hatte wegen der unerwarteten Wendung in Deutschland im letzten Augenblick abjagen müssen. Sympathietelegramme kamen von allen Bruderparteien.

Der Vorsitzende, Filippo Turati, gedachte mit seiner alten wuchtigen Beredsamkeit unserer Toten in Italien, unserer Toten im Exil, die die Rückkehr in ein befreites Italien nicht mehr erleben durften, derer, die in den Gefängnissen und auf den Inseln leiden, derer, die sich in trotzigem Wagnis gegen die Uebermacht stemmen. In einem Telegramm sprach der Parteitag dem auf der Heimkehr seines Fluges über Mailand auf dem Gotthard abgestürzten Republikaner Bassanelli seine Dankbarkeit und die Wünsche baldiger Genesung aus.

In den Begrüßungsreden der Gäste erinnerte Paul Faure daran, daß er in Livorno dem italienischen Parteitag beigewohnt hatte, der die erste Spaltung brachte. Heute seien die italienischen Genossen im französischen Parteihause nicht Gäste, sondern Kinder des Hauses. Er begrüßte sie in Erwartung eines künftigen Parteitages in Rom! Ellenbogen-Wien sprach auf Italienisch, herzlich begrüßt, von der

Kraftvergebung der Spaltung.

von der Stärkung, die dem internationalen Faschismus durch jeden nationalen Faschismus erwächst, wie umgekehrt der Faschismus jeden Landes neue Widerstandskraft aus der faschistischen Internationale schöpft; er schloß mit einem Hoch auf die „langersehnte antifaschistische Revolution“. Den Faschismus als internationale Gefahr würdigte Vandervelde, der auch auf die läuternde und belebende Kraft der Verfolgung und des Opfers hinwies. Latham sprach von dem Geiste Matteotti, der über diesem Parteitag der Einigung Wache hält, mahnend und fordernd.

Friedrich Adler erklärte, an dem Tage, wo die italienische Partei der Internationale beitrete, findet ein Kapitel der Geschichte der Arbeiterbewegung seinen Abschluß; die Aufnahme in die Internationale erfolgt an dem Tage, an dem sie der Kongreß beschließt. (Beifall.)

Der Kongreß hat die von Treves und Renni ausgearbeiteten Leitsätze angenommen, die auf den Mitgliedsarten abgedruckt werden:

Gemeinsames Vorgehen mit allen antifaschistischen Parteien, soweit sie auf dem Boden der Demokratie stehen, unter Beibehaltung des Klassencharakters und Betonung des sozialistischen Endziels, Anwendung aller zweckmäßigen Mittel, vom politischen Bündnis bis zum Aufruf.

Neben dem Beitritt zur Internationale wurde das Verbleiben der Partei in der „antifaschistischen Konzentration“ geregelt. Ueber die Gewerkschaftsbewegung, über die Notwendigkeit, die Kadern der Konföderation der Arbeit in der Emigration aufrechtzuerhalten, sprach Buzzzi, über die Jugendorganisation Gambini.

Mit einem umfassenden geschichtlichen Rückblick begründete Spertia seine Auffassung des Faschismus als der modernen Form des Staatsstreiches, durch den der militaristisch-demokratische Staat, der in der Monarchie spielt, versucht, sich der Angriffe des Proletariats zu erwehren. Indem er das aber tut, unterbindet er, ob er es will oder nicht, die Lebensadern des modernen Kapitalismus. An Zahlen, die offiziellen faschistischen Dokumenten ent-

nommen sind, legte der Redner dar, daß die faschistische Wirtschaft auf ihren Zusammenbruch hinarbeiten muß. Der Steuerdruck ist von 100 im Jahre 1913 auf 243 im Jahre 1929 gewachsen, wobei aber das schnellste Wachstum in die letzten Jahre fällt.

Der Krieg hat Italien weniger getroffen, als der Faschismus.

Die innere Schuld ist von 60 Milliarden im Jahre 1923 auf 85 im Jahre 1929 gewachsen. Trotz aller „Getreideschlachten“ Russlands ist das Bedürfnis nach fremdem Getreide von 17 Prozent des Gesamtbedarfs auf 21 Prozent gestiegen. Der durchschnittliche Arbeitslohn beträgt heute in Italien 1,98 L. pro Stunde (etwa 31 Pfennige). Der Faschismus kann den Steuerdruck nicht vermindern, die Diktatur vermehrt beständig die Ausgaben für Beamtengehälter, Polizei, Rüstungen usw. Er lehnt den Kapitalismus, den er schützen und fördern will. — Wir wollen die Nacht erobern, um die Bedingungen für die Entwicklung der Gesellschaft zu schaffen. Die Aktion soll nicht unser Monopol sein, aber wir wollen bei keiner Aktion fehlen, die sich gegen den Faschismus richtet, nicht nur als Soldaten in Reich und Glied, sondern auch als Führer. Spertia schloß, indem er die freudige Entschlossenheit des Kampfers pries, den Kampf und Last nicht scheert, weil er an das Leben glaubt und an das, was allein dem Leben wert gibt: die Freiheit. Die Entwicklung zur Freiheit ist der Sinn der Geschichte.

Renni fiel dann die Aufgabe zu, den schon am ersten Tage von Claudio Treves aufgestellten Satz über die Pflicht, den Krieg zu verhindern, in breiterer Form zu entwickeln. Die Tragweite seiner Ausführungen ist gerade heute außerordentlich groß, wo sich

breiter Sog in Italien eine Desperadostimmung bemächtigt.

die ganz im Sinne des Faschismus wirkt, obwohl sie eine Befreiung vom Faschismus erstrebt. Der Gedanke, die Sturzlist eines Krieges zu entzünden, um des Bollwerks der Diktatur niederzureißen, ist unheilvoll und könnte zu einer weltgeschichtlichen Schuld werden.

Aus Mitgliedern der beiden nunmehr geeinten Parteien wurde der neue Parteivorstand gewählt, dem die nachstehenden 11 Genossen angehören: Bottaini, Bianchi, Coccia, Clerici, Giani, Gambini, Gabici, Modigliani, Renni, Rugginenti und Spertia. In tiefer Ergriffenheit trennte sich dann die Versammlung, an der 94 Delegierte teilgenommen hatten, unter dem Absingen der italienischen Arbeiterhymne.

Sparsmaßnahmen in Preußen.

Kürzung der Tagegelder und Wohnungsbeihilfen.

Wie die zuständigen Stellen in Preußen beabsichtigen, jederzeit durch geeignete Maßnahmen Einsparungen herbeizuführen, zeigt ein neuer vorläufiger Kundentwurf, den der Preussische Finanzminister am 14. Juni 1930 über Kürzung der Beschäftigungstagegelder und Wohnungsbeihilfen erlassen und dem Staatsrat zur tatsächlichen Auserkennung zugeleitet hat.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wird durch diesen Erlaß zur Verminderung der Verwaltungsausgaben und zur Vereinfachung des Rechnungswesens unter Vorbehalt jederzeitiger Widerrufs mit Wirkung vom 1. Juli 1930 ab bestimmt:

Die bisher vorgesehenen Höchstätze für Beschäftigungstagegelder bei einer länger als vier Wochen dauernden Beschäftigung werden allgemein um etwa 10 Proz. gekürzt und sind nunmehr feste Sätze. Weiter wird bestimmt, daß die Beamten nicht mehr für die ersten zwei Wochen, sondern nur noch für die ersten 3 Tage der auswärtigen Beschäftigung eine feste Vergütung, und zwar in Höhe der um etwa 10 Proz. gekürzten Tage- und Übernachtungsgelder — ohne Nachweis des Mehraufwands — erhalten. Die bisher vorgesehenen Höchstätze für Wohnungsbeihilfen werden allgemein um etwa 10 Proz. gekürzt und sind nunmehr feste Sätze ohne Nachweis des Mehraufwands. Die neuen Vorschriften gelten auch für die Bewilligungen, die bereits für einen nach dem 30. Juni 1930 stehenden Zeitabschnitt ausgesprochen worden sind.

Bergarbeiter gegen Lohnförfzung.

Der Verbandstag fordert Fortsetzung der Verständigungspolitik.

Breslau, 22. Juli. (Eigenbericht.)

Im Mittelpunkt der Beratungen des Bergarbeiterverbandstages stand am Dienstag die Lohnfrage. In seinem Schlusswort zum Geschäftsbericht betonte Hufmann, es sei wenig wegweisende Kritik geübt worden. Auch internationale Erfolge seien von der Stärke der Organisationen abhängig. Gegen die Angriffe der Opposition verteidigte er sich nicht. Die Zeitung verkörpere nur, was an Kräften hinter ihr stehe. Notwendig sei gewerkschaftliche Zusammenarbeit. Sozialismus könne man nicht diffundieren, er könne nur durch Demokratie und Freiheit erreicht werden. Nach diesem summarischen Abschluss des Tätigkeitsberichts wandte sich Hufmann in deutscher und entschiedener Form

gegen die Lohnabbaupläne

des Unternehmertums. Er führte aus: Mit welcher Hartnäckigkeit die Bergbauunternehmer darauf ausgehen, die jetzigen Krisenzeiten zu einem Herabdrücken der Löhne auszunutzen, zeigen die von Zeit zu Zeit auftauchenden Zweednungen in der Unternehmerpresse. Ich muß das als eine sehr gefährliche Stimmungsmache bezeichnen. So ist dieser Tage vom Essener Zehenerband wieder ein solcher Versuchsballon losgelassen worden. Sollte er etwa an unsere Adresse hier in Breslau gerichtet sein, so wird es gut sein, ihn gleich zum Platzen zu bringen.

Es heißt da in der „Kölnischen Zeitung“, die sich der Zehenerverband offenbar zum Sprachrohr gewählt hat, daß der Ruhrkohlenbergbau als erster von allen Revieren einen Preisabbau vorzunehmen gewillt sei, jedoch nur unter der Bedingung der Lohnherabsetzung. Die günstigste Lösung, so läßt sich die „Kölnische Zeitung“ aus, wird in einer

Vertkopplung des Lohn- und Preisproblems

gesehen. Ich will dieser Sache gleich die Schelle umhängen. Eine Vertkopplung der Lohn- und Preisfrage kommt für uns als Verband und auch für den Reichskohlenrat unter keinen Umständen in Betracht.

Der Lohnanteil an den Selbstkosten ist selbst in der letzten Zeit ständig zurückgegangen. Der Förderanteil steht heute an der Ruhr auf 1367 Kilogramm, das sind genau 40 Proz. mehr als 1913. Er steht damit rund 260 Kilogramm oder beinahe 25 Proz. höher als in England, dem hauptsächlichsten kohlenwirtschaftlichen Wettbewerber. Von der Leistungsseite aus ist somit wirklich kein Grund zu erkennen, die Bergarbeiterlöhne herabzusetzen. Auch kostenmäßig liegt kein Grund dazu vor. Bei einem Durchschnittslohn von 2,20 Mark, wie wir ihn jetzt an der Ruhr haben, beträgt der Lohnanteil lediglich 6,58 je Tonne.

In der „Kölnischen Zeitung“ ist nun weiter gesagt worden, daß gegenwärtig etwa für 120 Millionen Mark Kohlen an der Ruhr auf Halben liegen. Das würde bedeuten, daß die „Kölnische Zeitung“, da die Halbenbestände rund 6 Millionen Tonnen ausmachen, selber den erzielbaren Durchschnittspreis mit 20 Mark je Tonne annimmt. Ich lasse dahingestellt, ob die Schätzung der „Kölnischen

Zeitung“ richtig ist, jedenfalls läßt sich jedoch klar erkennen, daß der ständig zurückgegangene Lohnanteil auf die Preisbildung von Kohle nur an sehr nachgeordneter Stelle einwirkt und daß ganz wo anders der Hebel angefaßt werden muß, nämlich bei den verhältnismäßig hohen Gewinnen, die in Abklärungen, stillen Reserven und in anderen nach außen abgeduldeten Bilanzposten stecken.

Die Frage der Kohlenpreise

wird vom Bergarbeitervertreter im Reichskohlenrat ernsthaft geprüft werden müssen, und wir werden uns dabei des Vorgehens eines in der Braunkohle wie in der Ruhrkohle sehr mächtigen Mannes zu erinnern haben. Ich meine den Vorsitzenden des Reichskohlenrates, Herrn Dr. Silberberg, der gegen unsere Stimmen Preiserhöhung durchgedrückt hat, ohne daß eingeständenermaßen kostenmäßig ein Anlaß dazu vorgelegen hat. Eine Vertkopplung des Lohn- und Preisproblems jedoch, wie es die Unternehmer wollen, wäre das Ende der Gemeinwirtschaft. Wir haben uns und den Reichskohlenrat bisher davor behütet, als die Lohnentwicklung nach oben zeigte, und wir werden jetzt erst recht dafür sorgen, damit nicht der Reichskohlenrat zum Tummelplatz und zum Vorspann der sozialreaktionären Tendenzen der Bergbauunternehmer mißbraucht wird.

Mit besonderem Nachdruck möchte ich noch bemerken, daß etwaige Verluste der Bergbauunternehmer, Lohnsenkungen vorzuschlagen, von den Ruhrbergarbeitern unter keinen Umständen kampflos hingenommen werden. Ich hoffe, daß diese Zwischenbemerkungen von allen Stellen, die sie angehen, verstanden werden. — Der Appell Hufmanns an den geschlossenen Abwehrwillen der Organisation fand auf dem Verbandstag stärkste Zustimmung.

Der Fall Weidner-Rosig, des Sprechers der Opposition aus dem Bezirk Zeitz, wurde durch eine scharfe Rüge erledigt. Weidner hatte sich anlässlich des Verbandstages in Magdeburg neben dem Lohn auch noch eine Entschädigung von der Gewerkschaft geben lassen. Man machte ihm klar, daß er kein Recht habe, Vorkürfe wegen hoher Diäten zu erheben. Der Beitrag sei zurückzahlen. Von der Aberkennung des Mandats wurde abgesehen.

Der Entlastungsantrag der Kontrollkommission fand einstimmig Annahme; auch die Opposition entschied sich dafür. Ein Antrag Hausdorf, die Schädigungen durch Einatmung von Kohlenäure untersuchen zu lassen, damit nötigenfalls die Entschädigungspflicht durch die Unfallversicherung bejaht werden könne, wurde einstimmig angenommen.

Die Generalversammlung sprach dann noch ihre Genehmigung darüber aus, daß das besetzte Gebiet und damit auch mehr als 150 Bergarbeiter-Orte dank der Verständigungspolitik fünf Jahre vor dem im Verfallener Vertrag bestimmten Zeitpunkt geräumt worden sind. Diese Verständigungspolitik müsse weiter fortgesetzt werden, damit auch die bedauerlicherweise noch bestehende Saargrenze endlich falle.

Gegen Tarifbruch des VBMZ.

Sollen Tarifbrecher öffentliche Arbeiten bekommen?

Die Vertreter der am Tarifvertrag für die Berliner Metallindustrie beteiligten Angestelltenorganisationen hatten in ihrer bereits gemeldeten Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister aus Anlaß des Gehaltsabbaufolges sehr energisch auf den angefügten Tarifbruch einer Reihe von Firmen der Berliner Metallindustrie hingewiesen und dabei daran erinnert, daß eine Anzahl dieser Firmen demnach auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms öffentliche Arbeit erhalten soll.

Der Reichsarbeitsminister erklärte sich bereit, auf den Verband der Berliner Metallindustrieller einzuwirken und ihn auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die sich aus der gegenwärtigen Lage auch hinsichtlich der Vergütung öffentlicher Aufträge ergeben könnten.

In den christlichen Organen wird der Verband Berliner Metallindustrieller darauf aufmerksam gemacht, daß sein Vorgehen viel Kurzfristigkeit verrate, denn er arbeite mit der Einführung von Kurzarbeit und mit Gehaltsförfzung letzten Endes nur für die Sozialdemokratie. Das ist richtig.

Die Berliner Metallindustriellen bilden sich zwar ein, daß die durch ihre Maßnahmen bewirkte Radikalisierung der Angestelltenchaft eine Vermehrung der Wähler bei den Nationalsozialisten und Kommunisten herbeiführt. Sie täuschen sich; denn Hitler-Phrasen sind nur etwas für geistig anspruchslose Leute.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Die Berliner Metallarbeiter hielten am Montag in den Sophienböden ihre Quartals-Generalversammlung ab. Gegen den vom Genossen Tirpitz erstellten Kasernenbericht, der trotz der ungeheuren finanziellen Belastung der Organisation im ersten Quartal noch eine Zunahme des Lokalkassenbestandes um rund 7000 Mark auf 1 278 093 Mark ausweist, erhob die „Opposition“, die in der Generalversammlung noch ganze acht Mann zählt, ihren traditionellen Widerspruch.

Die Generalversammlung beschäftigte sich dann eingehend mit den vorliegenden Anträgen. Angenommen wurde ein Antrag, der die Ortsverwaltung beauftragt, in Verbindung mit dem Ortsausschuß des ADGB, bei den zuständigen Instanzen dahin zu wirken, daß den Erwerbslosen auf den Verkehrsmitteln der BVG die gleiche Ermäßigung gewährt wird wie Schülern und Studierenden und auf der Stadtbahn wie den in Arbeit stehenden. Ein anderer gleichfalls angenommener Antrag fordert vom ADGB und dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes umfassende Vorbereitungen zum energischen Kampf gegen den Lohnabbau, die Verschlechterung der Sozialpolitik, sowie für den Preisabbau unter Kontrolle der Organe der Arbeiterschaft, die Erhöhung der Löhne entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten infolge der neuen Zölle und Steuern und schließlich den Kampf für den gesetzlichen Siedenstundentag.

Es war bezeichnend für die Unerschlichkeit der linientreuen „Oppositionellen“, daß sie gegen diesen Antrag stimmten, weil er von einem ihrer sogenannten Renegaten, dem ehemaligen Führer der Metallarbeiteropposition Walter gestellt war und nach der Auffassung dieser Worthelden keine ernstgemeinten Forderungen enthalte. Daß sich die linientreue Opposition durch diese Stellungnahme selbst ohrfeigte, da ja die offiziellen Parolen der SPD grundsätzlich die gleichen sind wie die in dem Antrag enthaltenen Forderungen, merkten die Verbindungsmänner aus dem Kart. Liebknecht-Haus anscheinend nicht.

Das Lohnabbauakt in Oberschlesien.

Die „ermäßigten“ Akkordsätze in Kraft.

Gleiwitz, 22. Juli.

Vom Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie wird mitgeteilt: Die von den ober-schlesischen Werken mit Rücksicht auf die Eisenpreisherabsetzung verlangte Neuregelung der Akkordverdienste ist in allen Betrieben durchgeführt worden.

Die Arbeiter haben, soweit es sich um durchgehende Betriebe handelt, am Sonntag und bei den einschichtigen Betrieben am Montag früh die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen.

Eine gewisse Unsicherheit der Lage war nur dadurch eingetreten, daß die Gewerkschaften, mit denen vor drei Wochen verhandelt wurde, am letzten Tage der Kündigungsfrist den Schlichter angerufen hatten und dieser zu einer Besprechung am Montag, dem 21. Juli, nach Breslau eingeladen hatte. Dieses Vorgehen des Schlichters gab den Gewerkschaften Veranlassung, die Betriebsräte zur Abgabe von Protesterklärungen aufzufordern.

Nachdem die Arbeiterschaft früh um 6 Uhr die Arbeit widerspruchslos aufgenommen hatte, konnten diese verspäteten Proteste der Betriebsräte nicht als maßgebend anerkannt werden.

Arbeiter, die noch nachträglich sich mit der neuen Akkordregelung nicht einverstanden erklären wollen, müssen das neue Arbeitsverhältnis mit der gesetzmäßigen vierzehntägigen Frist kündigen. Sie werden Sturm ernten, die Herren, die jetzt Wind säen.

Die christlichen Holzarbeiter gegen Lohnabbau

Köln, 22. Juli.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter hielt in Königswinter eine Gesamtvorstandssitzung ab, zu der sämtliche Gau- und Bezirksvertreter zugegen waren. Als Niederschlag der Beratungen veröffentlichte der Gauvorstand eine Erklärung, wonach die Pläne des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes zur Neuregelung der Löhne mit ihrem Lohnabbau von 6 bis 9 Pfennigen und darüber hinaus einer Kürzung der Löhne in der Musikinstrumenten- und Stuhlindustrie um weitere 12½ Prozent entschieden zurückgewiesen wurden.

Eine Senkung des Lebensstandards der Holzarbeiter werde abgelehnt. Die Arbeitgeberforderungen seien weder vom preispolitischen, noch vom marktpolitischen Gesichtspunkt notwendig. Die Verbandsleitung wird beauftragt, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Forderungen entgegenzuwirken.

Der Lehrlingslohn.

Er muß auch bei Arbeitsaussetzung gezahlt werden!

Haben Lehrlinge Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes, wenn der Arbeitgeber wegen Auftragsmangel Arbeitspausen und Ruhetage einführt? Mit dieser Rechtsfrage, die gerade in dieser jetzigen Krisenzeit von Bedeutung ist, beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht. Es entschied zugunsten der Kläger.

Wegen Arbeitsmangel ließ eine Maschinenfabrik in Halle im November und Dezember vorigen Jahres an je einem Wochentage die Arbeit in ihrem Werke ruhen. Durch diese Ruhetage wurden die Arbeiter geschädigt. Sie erhielten für beide Tage keinen Lohn, aber auch keine Kurzarbeiterunterstützung. Auch die Lehrlinge be-

lanten für beide Ruhetage weder den Lohn noch eine andere Unterstüfung.

Die Lehrlinge ließen sich diesen völlig unberechtigten Lohnabzug nicht gefallen und reichten durch den Deutschen Metallarbeiterverband die Klage ein. Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht verurteilten die Firma zur Weiterzahlung des Lohnes an die Lehrlinge.

Gegen dieses Urteil kämpfte der Unternehmer mit der Revision an und verlangte Abweisung der Klage. In der Revisionsbegründung führte er aus, daß die vorinstanzliche Entscheidung die Unternehmer schmerzhafte, da viele Industrielle trotz des Auftrags- und Arbeitsmangels die Lehrlinge weiter beschäftigen oder bezahlen müßten. Ein großer Teil der Betriebe habe wegen Auftragsmangel mehrere Tage in einer Woche gefehert. Müßten die Lehrlinge bezahlt werden, dann entstünden schwere Schäden. (1)

Das Reichsarbeitsgericht wies die Revision als völlig unbegründet zurück.

Nach der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts hat bei Betriebsstöckung die Betriebsgeföhr und den Schaden der Unternehmer zu tragen. Diese Rechtsregeln haben auch auf den Lehrlingsvertrag, der zwischen den beiden Parteien besteht, Anwendung zu finden.

Da die Lehrlinge nur wegen Auftrags- und Arbeitsmangel feiern mußten, hatten sie auch Anspruch auf Fortzahlung des Lohnes.

Die andere Seite des Verkehrs.

Die IZ stellt in Posen aus.

An der kürzlich in Posen eröffneten Internationalen Ausstellung für Verkehr und Touristik nimmt auch die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) teil. Sie will damit „die andere Seite“ des Verkehrs sehen lassen, nämlich die Arbeitsbedingungen des Personals, das in diesem Gewerbe sein Brot verdienen muß, und gleichzeitig eine Vorstellung von der Arbeit und dem Umfang der ITF machen.

In dem offiziellen Pavillon wurde der ITF ein 4 x 5,26 Meter messender Ausstellungsraum zugewiesen. Eine Weltkarte mit Angabe der der ITF angeschlossenen Länder, eingerahmt mit den Titelseiten von über 100 Zeitungen, welche Mitgliedsverbände der ITF herausgeben, nimmt eine ganze Wandfläche ein. Ferner wurden sechs graphische Darstellungen in moderner Ausführung, wovon vier von dem Zeichner Peter Alma hergestellt wurden, eingelaßt.

Zwei der Zeichnungen veranschaulichen die Rationalisierung im Eisenbahnbetrieb durch Erreichung der durchschnittlichen Arbeitsleistung der Eisenbahner im allgemeinen und derjenigen des eigentlichen Betriebspersonals im besonderen. Aus diesen Statistiken geht hervor, daß überall eine Erhöhung der Arbeitsleistung festzustellen ist, mit Ausnahme Italiens, wo sich ein allgemeiner Verkehrsrückgang und trotz des Personalabbaues auch eine Verminderung der durchschnittlichen Arbeitsleistung geltend macht.

Ferner wird eine Uebersicht über die Monatsheuern und die Arbeitszeit der Seeleute sowie über die Erhöhung der Arbeitssicherheit durch die Einführung der automatischen Wagenkupplung im Eisenbahnbetrieb der Vereinigten Staaten und Japans gegeben.

Im übrigen zieren eine Reihe wirkungsvoller Plakate die Wände des Ausstellungsraumes, in dem auch die von der ITF herausgegebenen Schriften zur Schau gestellt sind.

Generalfreist der Eisenbahner in Irland.

Er sollte Dienstag nacht beginnen.

London, 22. Juli.

Der Generalsekretär des Nationalverbandes der Eisenbahner, Cramp, teilte am Montag im Anschluß an eine Besprechung mit den Direktoren der Südbahn in Dublin mit, daß von der Gesellschaft die bedingungslose Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner abgelehnt worden sei.

Der Vollzugsrat des Eisenbahnerverbandes hat im Anschluß hieran beschlossen, den Streik auf dem Eisenbahnbetrieb der Südbahn im irischen Freistaat, der Great Southern Railway, ab Dienstag, 12 Uhr nachts, auszurufen.

Von dem Streik werden 12 000 Eisenbahner und 400 Omnibusfahrer betroffen.

Achtung, Bauarbeiter! Die Sperrung über die Firma Fiebig, Bau Weihenstephan, Buschallee, Bauplatz Deutsche Bauhütte, ist aufgehoben, da die tariflichen Bestimmungen wieder beachtet werden. Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Stuck- und Gipsbau.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Jeden Mittwoch spielen die Gruppen: Landsberger Platz und Franzosenallee; Im Friedr. Schönerberg, W. 4. — Lichtenberg und Rosenthaler Platz; In Treptow, W. 1. — Köpenick: Ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Humboldt. — Südost: Ab 18 Uhr bis zum Anbruch der Dunkelheit in Treptow, W. 1. — Mitte, Mittwoch, 19½ Uhr, sagen die Gruppen: Wannschuldenweg; Jugendheim Grunow, 16. Abendpauslegung. — Schöneberg: In: Jugendheim Köpenicker Str. 24-26. Vortrag: „Aufbau der FÖJ“. — Köpenick: In: Gruppenheim Grunow, 20 (Dorf). Vortrag: „Eine Arbeitserleichterung“. — Köpenick, Schöneberg: Sacht, Jugendheim Köpenicker Str. 24 (Kochstraße), Spiel- und Padelabend im Friedr. Schönerberg. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 66. Vortrag: „Die Wirtschaftskrise in Deutschland“. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 15 (Gartenhaus), Vortrag: „FÖJ, in Wort und Bild“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeestellen

Mitte, Mittwoch, sind folgende Veranstaltungen: Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker Str. 4. — Ein Besuch bei Rosa, dem tschechischen Schulkind. Referent: Rosa. — Köpenick: Vortrag: Jugendheim Köpenicker Str. 24. Wir sitzen aus: „Die deutschen Kleinrentner“ von Rohde. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 10. Was ist im Gefängnis los? Referent: Kamin. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 62 (Kochstraße 11). Ein Tag im Parlament. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 66. Wir gehen haben im Klubbad Lichtenberg. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 1-4. Ede Kanzer Straße. Rench Kruger dich nicht. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 128. Was ist ein Tarifvertrag? Referent: Heilmann. — Spandau: Jugendheim Lindenauer L. Spiel- und Lieberabend am „Pils“. — Potsdam-Romanees: Jugendberberge in Romanees, Pfeifferstraße, Lieberabend. — Spiel und Sport: Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz Friedrichshagen.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Kurt Geyer; Schriftföhrer: G. Ringelshöfer; Gewerkschaftsbezugung: Otto Schindler; Korrespondent: R. B. Richter; Lokal- und Kontorist: Erik Raschke; Anzeigen: Th. Giese; Schriftföhrer in Berlin, Verlags: Kommissar-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Kommissar-Verlag und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8. Hierzu 2 Beilagen.



Wirkt vorbeugend!

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 5260-61.

Was ist mit den Sturmabteilungen?

Beginn der Zeugenvernehmung im Razioprozess.

Schon der erste Tag der Zeugenvernehmung im Röntgenal-Prozess war symptomatisch. Die gesamte Verteidigungsbank — von Saß bis Becker — bildete plötzlich eine einheitliche Front: Der Blick hinter die Kulissen der SA. darf nicht gefaltet werden. Die Anklage steht mit Recht auf einem anderen Standpunkt: hier liegt, sagt sie, ein planmäßig organisierter Mordfall vor. Die NSAP behauptet, das Tragen von Schußwaffen sei von ihr verboten; die SA-Leute waren aber mit Feuerwaffen in ihren Taschen zum Angriff übergegangen. Die NSAP behauptet, nur Verteidigungsaktionen zu gestatten, hier hatten aber ihre Mitglieder eine Angriffsaktion unternommen. Was geschah jedoch gestern, als der Staatsanwalt durch seine Fragen die Dinge, wie sie in Wirklichkeit sind, festzustellen versuchte? Das Gerücht ließ die Fragen nicht zu.

Da war z. B. der Zeuge Brate. R. A. Claus hatte ihn zur Entlastung seines Klienten Schlichter mitgebracht. — Uebrigens ein Roman in Roabü, das mitgebrachte Zeugen sich zuerst im Zuschauerraum die Verhandlung anhören dürfen. Als Staatsanwalt und Nebenkläger diesem Zeugen auf den Leib rückten und von ihm Einzelheiten über die Organisation der SA. erfahren wollten, erklärte die Verteidigung, eine jede derartige Frage beanstanden zu wollen.

Der Vorsitzende Ohnforge greift diese Frage, die für die Beurteilung der den Angeklagten zur Last gelegten Handlungen von größter Bedeutung sind, leider nicht auf.

Sondern verkündete einen dahingehenden Gerichtsbeschluss, daß die Fragen nicht zur Sache gehören. Für tausend Einzelheiten ohne Belang ist Zeit genug vorhanden. Die einschläfernden Wiederholungen bereits längst klargelegter Tatsachen könnten wirklich ohne Schaden unterbleiben. Fünf Sitzungen für die Vernehmung von 18 Angeklagten, je eine Stunde für jeden der Zeugen, wo soll das hin? Da ist allerdings das Ende dieses Prozesses überhaupt nicht abzusehen.

So konnten gestern noch den zeltraubenden Verschleppungsanträgen des Verteidigers R. A. Becker von den 15 geladenen Zeugen nur vier vernommen werden. Der Zeuge Müller war mit den Berlinern nach Röntgenal gekommen. Er wurde zum Bahnhof geschickt, um weitere Berliner Hilfsstrümpfe zu erwarten. Als Waffe hatte er sich seinen Haus Schlüssel zurechtgelegt.

Seine ihm von der Großmutter geschenkte Stahlrupe

(Die Angeklagten brechen in ein schallendes Gelächter aus). „Da“, sagte der Angeklagte, „die Großmutter hat die Stahlrupe eines Tages in der Pause gefunden und sie mir gegeben“ — also diese seine Stahlrupe hat Müller zu Hause gelassen. Da er unbewaffnet war, freckte er auf dem Wege zum Bahnhof ein rotes Fächchen an seine Nase, um einen Kommunisten vorzutäuschen. Man dachte bei dieser Aussage an den Rottfront-Ruf der Nazi vor dem Reichlichen Lokal. Der nächste Zeuge Blättke, der auf Anordnung Köppners vor dem Lokal „Gelmeiß“ den Posten spielte, will gesehen haben, wie zunächst drei Reichsbannerleute und dann noch zwei, über den Baum kletterten. Und als er in Gesellschaft von Müller zum Bahnhof ging, fand er unterwegs sämtliche Ecken von Reichsbannerleuten abgeriegelt. Müller hat von diesem Abriegeln nichts gemerkt. Blättke sah eben Gespenster. Er bedurfte ihrer, um seine Kameraden gruselig zu machen. Als er dann Schüsse hörte, konnten das selbstverständlich nur Schüsse von Reichsbannerleuten sein. „Weshalb wohnen Sie das an“, fragt der Vorsitzende. „Ja, weil sie ja alle Ecken abgeriegelt hatten.“

Es folgt der Zeuge Bahn. Er ist zwar nicht bei den Nationalsozialisten organisiert, besucht aber ab und zu die Truppabend des SA. und gehörte früher dem Stahlhelm an. Als verheirateter Mann ist er sehr vorichtig und läßt sich nicht gern

in Handel ein. Er ist Blättkes Stiefbruder und was er sagt, sieht der Wahrheit oft sehr ähnlich. So erzählt er z. B., daß am Truppabend des 3. März unter Leitung von Köppner

über Signale und Geländeübungen gesprochen

morden sei; daß es Pantrath gewesen sei, der Blättke mit zwei anderen Berlinern zur Bahn geschickt habe — Pantrath bestreitet ja, am dem Abend den Führer gespielt zu haben —, daß Pantrath oder Köppner die draußen wartenden Berliner über die Lage unterrichtet hätten; daß Pantrath es gewesen sei, der bestimmt habe, welche Richtung die einzelnen Trupps einschlagen sollten und daß schließlich Pantrath im Augenblick, als die Schüsse gefallen seien, sich vor ihm Künden habe. Pantrath hat sich offenbar dem Kampfplatz viel näher befunden, als er zugeben wollte.

Zum Schluß kam noch der 15jährige Zeuge Binshus, der seit 1929 Nationalsozialist ist. Auch er befand sich auf dem Wege zum Reichlichen Lokal, bekam aber plötzlich so ein ahnungsloses Gefühl, er dachte an seine Eltern und — lehnte um. Im nächsten Augenblick begann die Schießerei. Ob Binshus' Ahnungen etwa daher kamen, daß er wußte, was gespielt werden sollte?

Die nächste Verhandlung findet am Donnerstag statt.

Großfeuer auf der Vulkanwerft.

Hauptwerkstätten zeitweilig in ernster Gefahr.

Hamburg, den 22. Juli.

Auf der Deutschen Schiffs- und Maschinenbau A.-G. Vulkanwerft brach am Dienstagmorgen Feuer aus. Auf Großfeueralarm rückten sofort sieben Züge der Hamburger Feuerwehr an, um gemeinsam mit der Werftfeuerwehr gegen den Brand vorzugehen, der um 19 Uhr niedergelämpft war.

Das Feuer kam in einem Lager-schuppen zum Ausbruch, entwickelte sich rasch zum Großfeuer und vernichtete große Werte. Sofort nach Ausbruch des Brandes trat die Werftfeuerwehr in Tätigkeit, mußte aber die Hamburger Wehr zur Hilfe rufen. Die Feuerlöschboote nahmen die Bekämpfung des Brandes von der Wasserseite her auf. Aus etwa dreißig Rohren wurden die Wassermassen in das Feuerelement geschleudert. Die Hauptgefahr bestand darin, daß das danebenliegende vierstöckige Feilwerk und die Schieberei von den Flammen ergriffen werden. Nachdem die Gefahr beseitigt und der bereits in Brand geratene Dachstuhl gelöscht werden konnte, konnte man an die Eindämmung des Schuppenbrandes herangehen. In ein Ablöschchen des brennenden Schuppens, in dem Fertigwaren, Eisen- und Stahlwaren lagerten, war nicht zu denken. Gegen 18 Uhr stürzte die gesamte Dachkonstruktion zusammen. Kurz nach 19 Uhr war die Gefahr beseitigt.

Ueber die Ursache des Brandes ist nichts bekannt. Kurz vor dem Ausbruch war ein Kontrollbeamter durch die Räume geschritten, ohne etwas Verdächtiges bemerkt zu haben.

Verkehrszunahme auf Stadt- und Vorortbahn.

Der Verkehrszuwachs im Netz der Berliner Stadt- und Vorortbahn hat auch im vergangenen Monat mit einer Gesamtzahl von 41,5 Millionen beförderten Fahrgästen gegenüber über 39,7 Millionen im Laufe des Monats Mai weiterhin angehalten.

Auf Grund der Beförderungsergebnisse des Juni d. J. ist ersichtlich, daß die steigende Tendenz im Verkehr der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, die sich schon nach der Elektrifizierung zeigte, im ersten Halbjahr 1930 erneut einen außerordentlich starken Impuls erfahren hat. Während in den ersten sechs Monaten des Jahres 1928 insgesamt 208,8 Millionen Fahrgäste befördert wurden,

stieg die Zahl der beförderten Personen im ersten Halbjahr 1929 auf 212,1 Millionen, um mit 232,8 Millionen Fahrgästen im ersten Halbjahr 1930 eine neue Rekordhöhe zu erreichen. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ergibt sich somit eine Zunahme an beförderten Personen in Höhe von 20,7 Millionen oder 9,7 Prozent.

Todesopfer beim Europaflug.

Begleiter des Fliegers von Derken vom Propeller erschlagen

Im Verlauf des Europa-Rundfluges hat sich am gestrigen Dienstag auf dem Flugplatz Heston bei London ein schwerer Unfall ereignet. Der Begleiter des deutschen Albatros-Fliegers von Derken, der 24jährige Herr von Raedern, wurde, anscheinend infolge eigener Unvorsichtigkeit, vom laufenden Propeller erfasst und so schwer verletzt, daß er sofort den Tod fand.

Unter dem Eindruck dieses Unglücks hat von Derken auf den Weiterflug verzichtet und ist aus dem Rundflug ausgeschieden. Insofern sind noch 38 Teilnehmer im Wettbewerb. Drei Maschinen liegen mit Havarie in Calais, und zwar die der Deutschen Gothe und Dinort sowie des Franzosen Faunel. Der Pole Muskewski hat zwischen Frankfurt und Reims eine Notlandung bei Chalons vornehmen müssen, ist also weit vom Kurs abgekommen.

Zwischen Paris und Poitiers.

Die am Montagabend in Drly eingetroffenen Teilnehmer am Europa-Rundflug sind sämtlich am Dienstagmorgen zwischen 7 und 7.45 Uhr zur nächsten Etappe nach Poitiers gestartet. Als erster flog Finat auf M 2 ab, dann in kurzen Abständen L 3, K 1, R 5, M 1, K 8. In St. Inglevert traf heute als erster um 8.33 Uhr Riszticz auf A 9 ein, einige Minuten später Korzil auf B 3 und vier Minuten darauf die beiden deutschen Maschinen B 8 und F 2; wenig später folgte dann D 1, dann in kurzen Abständen hintereinander T 7, T 5, K 6, K 4 und M 6. Der größte Teil der deutschen Teilnehmer hatte Calais am Dienstagmorgen kurz nach 7 Uhr verlassen.

Im Laufe des Dienstagvormittags trafen von den deutschen Teilnehmern am Europaflug weiter in Drly ein: B 7, C 9, D 3, B 5, C 1, E 1, E 6 und A 2. Siebel auf E 6 wurde von dem französischen Luftfahrtminister persönlich begrüßt, der mit ihm einige herzliche Worte wechselte. Er wird versuchen, die Spitzengruppe zu erreichen, die heute nach der Madrid fliegt. L 1 ist wegen Motorschadens ausgeschieden, während P 3 in der Nähe von Chalons für Warne notlanden mußte. Sämtliche deutsche Apparate, die im Laufe des Vormittags in Drly eingetroffen waren, waren bis gegen Mittag wieder gestartet.

Nach einer Abendmeldung ist am Dienstagmittag 13.40 Uhr als erster von der Spitzengruppe im Europaflug der Engländer Butler auf K 5 auf dem Flugplatz in Saragoissa eingetroffen.

Junge Menschen fliehen aus dem Leben.

Selbstmord eines Fünfzehnjährigen.

In der Wohnung seiner Eltern am Kaiserdamm 102 vergiftete sich gestern der 15jährige Günter Heubn durch Gas.

Der junge Mann war bei einem Berliner Friseur als Lehrling beschäftigt. Als gestern der Vater gegen 5 Uhr heimkehrte, fand er seinen Sohn in dem völlig mit Gas erfüllten Schlafzimmer bewußtlos auf. Die Feuerwehr nahm Wiederbelebungsoversuche vor, die jedoch ohne Erfolg blieben. Was den Fünfzehnjährigen zu der Verzweiflungstat getrieben hat, ist zurzeit noch unbekannt.

Ebenfalls den Tod durch Gas suchte die 19jährige Eva Zacheus in der elterlichen Wohnung in der Gröphluströße 21. Auch in diesem Falle ist das Motiv zur Tat unbekannt.



Am nächsten Vormittag bat Walter sie plötzlich, auf einen Augenblick in den Vorraum hinauszukommen, und sagte ihr, daß er noch am selben Nachmittag ohne Kündigungsruf gehe. Er halte es nie aus, eine Sache lange hinauszuschieben, wenn er einmal entschlossen sei, der „wilden Fahrt“ zu folgen, sagte er, ohne Una anzublicken. Er küßte sie hastig und eilte zurück in sein Bürozimmer. Sie sah ihn erst wieder, als er gegen fünf Uhr dreißig von allen vertriebenen Stenotypistinnen und Laufburschen lärmenden Abschied nahm und seinen mißbilligenden Vorgesetzten in spöttischem Ton Glück wünschte. Vor Unas Tisch machte er halt, zögerte sichtlich, dann sagte er „Leb wohl, Goldi“, und schritt weiter. Sie starrte wie hypnotisiert vor sich hin, als Walter zum letztenmal aus dem Büro stürmte.

Eine Woche später kam J. J. Todd nochmals auf Besuch. Er war rührend in seiner Beschreibung der treuen Dienste, die er der „Gesellschaft zur Organisation der Wohlthätigkeit“ leistete. Aber Una hatte das Gefühl, gestorben zu sein; sie brachte es einfach nicht fertig, ein lobendes Wort zu sagen. Es war sein letzter Besuch.

Walter schrieb ihr vom Zuge aus — einen wirren Botschaftswall, wie sehr er ihre wohlwollende Gesellschaft vermisse. Dann folgte eine lebendige Beschreibung seines neuen Chefs in Omaha. Ein trüblicher Brief, geschrieben an einem einsamen Abend, in dem nur gesagt war, daß nichts zu sagen sei. Eine kurze Nachricht in der von einem neuen Projekt, nach Wasika zu gehen, die Rede war. Dann hörte Una nichts mehr von ihm.

Wochenlang vermied sie ihn so schmerzlich, daß sie sich immer und immer wieder bei der Klage entsappte: „Nun werde ich nie ein Kind haben, das ihn ähnlich sieht.“

Wenn sie an die schüchternen, kleinen Scherze, die dummen Viebesworte und Kosennamen dachte, mit denen sie ihn überschüttet hatte, schämte sie sich und überlegte, ob sie sich damit bei ihm nicht lächerlich gemacht hätte.

Doch allmählich fand sie ungestörten Frieden in dem unveränderten Einerlei der Wochen; und die Bemächtigung ihrer Arbeit schaffte ihr mehr Befriedigung, als je Walters stürmisches Fördern.

Zu Hause versuchte sie nicht bloß, ihrer Mutter das Einsamen zu ersparen, sondern trachtete, sie tatsächlich glücklich zu machen, sie so weit zu bringen, daß ihr die ungeheure Stadt vertraut würde. Sie veranstaltete sommerliche Abendausflüge mit den Sessions.

Auf einem dieser Ausflüge führte sie die Gesellschaft zum Fuße der Palisaden. Dann verschwand sie allerdings für beinahe eine halbe Stunde. Sie sah allein am Ufer des Flusses. Blüßlich riß sie mit fieberhaftem Ruck ihre Bluse auf, sie entblößte die Brust, schüttelte dann ärgerlich den Kopf, knöpfte die Bluse wieder zu und ging zu ihrer Gesellschaft zurück, war dann ungewöhnlich lustig, obwohl sie den ganzen Abend die Hand gegen die Brust gepreßt hielt, als verspüre sie einen Schmerz.

Im Büro wurde Una nach Walters Abgang Herr S. Herbert Roß zugeteilt. Manchmal diktierte ihr S. Herbert in seiner großzügigen, schwingvollen Art. Una versuchte nicht nur, seine Weisungen genau zu befolgen, sondern auch seine nicht ausgesprochenen Wünsche zu erraten. Ihr Gehalt wurde von acht auf zehn Dollars wöchentlich erhöht. Wieder beschloß sie, eine wirklich tüchtige Geschäftsfrau zu werden. Sie las eine kleine Zeitschrift über Kellamewesen.

Aber kein Mensch im Büro war der Ansicht, daß man einer Frau wirklich verantwortungsvolle Arbeit übergeben könne. Nicht einmal S. Herbert Roß mit seinen Aphorismen für Stenotypistinnen und seinen Prosabildungen über die berauschende Freude, neun Stunden am Tag eine Schreibmaschine bearbeiten zu dürfen. — Geistesprodukte, die in großen saftigen Lettern in Fachzeitsungen erschienen.

Una begann sich zu langweilen, mechanisch zu arbeiten, ein wenig stumpf zu werden. Sie nahm sich vor, eine bessere Stelle zu suchen und zu kündigen. In dieser Gemütsverfassung blickte sie ein wenig verächtlich auf das Redaktionsbüro herab; und es war ein unversehlicher Schock für sie, als ihr plötzlich gelühdigt wurde.

An einem Winternachmittag rief Roß sie zu sich, sagte

ih, daß er vom Chef die Beizung bekommen habe, die Arbeitskräfte zu verringern, und daß er sie entlassen müsse, weil sie eine der zuletzt Ausgenommenen sei. Er versicherte ihr gönnerhaft, daß er mit ihrer Arbeit sehr zufrieden gemeien sei, daß er ihr gerne die allerbesten Empfehlungen geben werde.

Doch Herr S. Herbert Roß fuhr fort, mit dem Chef speisen zu gehen, und Una mußte die ganze schmerzliche Erfahrung durchleben, daß man ihrer in dem Gefängnis, das sie haßte, nicht einmal bedurfte. Eine Kündigung, was immer der Grund dazu sein mag, ist stets die tiefste Erniedrigung, die man in einem Büro erfahren kann, und sie machte Una schüchtern, als sie verzweifelt nach einem Posten zu suchen begann.

Achtes Kapitel.

1.

Architekten sind in Romanen und Theaterstücken meist feine, junge Männer mit seidenweichen Van Dyk-Bärten; sie spielen Klavier und verstehen viel von Teppichen und Bildern. Sie brennen vor Verlangen, reizende kleine Häuschen für die Armen zu bauen und bei ausgeschriebenen Konkurrenz für öffentliche Gebäude Preise zu gewinnen. Sie haben immer einen guten Geschmack; einfache und gefällige Formen sind ihr ewiges Stedenpferd. Doch nach der Zahl der geschmacklosen Häuser und der dreifarbigten hölzernen Kirchen, die immer noch gebaut werden, möchte man meinen, daß es irgendwo noch Architekten gibt, die nicht unter dem Uebermaß ihres guten Geschmacks zu leiden haben.

Herr Tracy Wilkins, Architekt, hatte sein Büro im Septimius-Gebäude, wohnte jedoch in einem entlegenen Villenort. Er trug einen gestuhten Schnurrbart und interessierte sich für photographische Apparate, Phonolas, Automobile, Motorräder, Geschwindigkeitsmesser, Pneus, patentierte nitotinfreie Pfeifen, leichte Tabaksorten, Tennisklatschen, Handelskurse, Rasierapparate, Optimismus, Theodor Roosevelt, Taschenlampen, Gummiabläße und alle sonstigen Artikel, für die große Reklame gemacht wurde. Er war konservativer Republikaner, und auf seinem Schreibtisch standen drei Photographien in Silberrahmen: die seiner Frau mit seinen beiden Kindern, die seines Hundes Koner und die seines architektonischen Meisterwerks, des Hauses Peter S. Reardons, des Kupferkönigs von Montana.

(Fortsetzung folgt.)

Das kommt vom Klatsch.

Empfindliche Strafe für unbewiesene Beschuldigungen.

Wegen verleumderischer Beleidigung hatte sich die Inhaberin eines Optikergeschäftes, Frau Gerstenberg, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Sie hatte behauptet, daß im Bezirksamt Prenzlauer Berg Schieber säßen. Insbesondere hatte sie diesen Vorwurf gegen Stadtrat Rosemann und mehrere Beamte gerichtet.

Die Angeklagte führte mit dem Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg eine siebenjährige Fehde, denn sie fühlte sich benachteiligt, weil der Bruder ihres im Felde gefallenen ersten Mannes, der auch Optiker ist, die Alleinlieferung für das Wohlfahrtsamt hatte. Vor einiger Zeit hatte die Optikerreinigung und das Landeswohlfahrtsamt die Vereinbarung getroffen, daß bei Lieferungen bis zu 20 Mark alle Optikerstücke von den Sozialrentnern in Anspruch genommen werden könnten. Als daraufhin eine Kundin zu ihr kam und ihre Freude ausdrückte, daß sie nun auch ein Geschäft in der Nähe aufsuchen könne, machte die Angeklagte die abfälligen Äußerungen. Die Kundin meinte aber, Stadtrat Rosemann sei ihr als anständiger Mann bekannt. Darauf sagte Frau G.: „Der ist genau so wie Böß, unterschreibt alles, was ihm vorgelegt wird.“ Die Kundin war darüber empört und meldete das dem Stadtrat. Um noch eine zweite Zeugin zu haben, veranlaßte sie eine Bekannte, mit einem Auftrag das Geschäft zu besuchen und folgte dieser dorthin nach. Auf ihre Frage: „Etwas neues vom Krieg Prenzlauer Berg?“, legte die Angeklagte wieder los und wiederholte ihre Behauptungen über die Schieber im Wohlfahrtsamt.

Zur Verhandlung war eine große Zahl von Zeugen geladen. Eine frühere Buchhalterin des bevorzugten Geschäftes gab an, daß der Inhaber J. bei Einkäufen von Beamten des Wohlfahrtsamtes stets gesagt habe: „Die Abrechnung mit den Herren mache er selbst. Es seien auch Reparaturen gemacht worden, ohne daß bezahlt wurde, einmal sei eine Brille für einen Beamten ohne Rechnung geliefert worden. Der Magistratssekretär L. sagte aus, daß er eine Brille ins Büro geliefert bekommen habe, zwar ohne Rechnung, daß er den Betrag aber bezahlt habe. Von Gratislieferungen sei ihm nichts bekannt. Der Zeuge verweigerte aber seine Aussage darüber, ob noch andere Firmen außer den von J. bevorzugt worden seien. Im Urteil stellte das Gericht fest, daß beim Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg anders verfahren worden sei, als bei anderen Wohlfahrtsämtern, und daß der Optiker J. bevorzugt worden sei. Das Wort „Schiebererei“ sei jedoch nicht zutreffend. Der Angeklagten wurde zugute gehalten, daß sie mit Recht die Handhabung bei dem Amt als nicht korrekt empfunden habe. Ihre Beschwerden hätte sie aber an geeigneter Stelle vorbringen müssen, und nicht derartige Klatschereien verbreiten dürfen. Wegen der Schwere der Beleidigung verurteilte das Gericht die Angeklagte wegen übler Nachrede in zwei Fällen zu 500 M. Geldstrafe oder hilfsweise 10 Tagen Gefängnis.

Die neue Mühlendamm Schleuse.

Beginn des Umbaus nächstes Jahr. — Koffahrerin für den Schiffsverkehr.

Die Streichung der für 1930 im Reichsetat vorgesehenen ersten Rate für den Umbau der Mühlendamm Schleuse hängt mit dem Ersuchen des Magistrats zusammen, die Bauarbeiten notwendig um ein Jahr zu verschieben, weil die Stadt Berlin nicht in der Lage ist, die anteilige Kaufsumme von 14 bis 15 Millionen Mark in diesem Etatsjahr zur Verfügung zu stellen. Der baldige und durchgreifende Umbau der Mühlendamm Schleuse wird nach wie vor vom Reich gefordert, denn der heutige bauliche Zustand des Schleusenwerkes, das bei einer täglichen Inanspruchnahme von 22 Stunden überlastet ist, kann mit einem Schlag zu einer Katastrophe führen, weil die Sperrvorrichtungen kaum noch betriebsfähig sind. Eine Sperrung des Schleusenverkehrs würde aber für das Berliner Wirtschaftsleben unabsehbare Folgen haben. Für das kommende Jahr ist daher schon aus Sicherheitsgründen mit dem Baubeginn an der Mühlendamm Schleuse zu rechnen. Die Pläne sind in allen Einzelheiten längst fertig und die ersten Arbeiten sollen dazu dienen, eine Koffahrerin für den Schiffsverkehr zu schaffen. Bis zur Inangriffnahme der Projekte wird sich auch die Frage entscheiden haben, ob das alte Ephraimische Patrizierhaus erhalten bleiben kann. Nach den vorliegenden Plänen würde die Kanalführung dieses Anwesens anschnitten; inzwischen sind aber bereits zahlreiche Einsprüche gegen eine Gefährdung dieses kulturhistorisch wertvollen Hauses erhoben worden.

Autobus mit Straßenbahntarif.

Aber nur zwischen Steglitz und Mariendorf.

Die Linie 97, die jetzt ausschließlich als Autobus betrieben wird, bis die eigentliche Schmalspurbahn zwischen Bahnhof Steglitz und Mariendorf als moderne Straßenbahn umgebaut sein wird, war nach der Tarifserhöhung unter den Autobustarif gefallen, so daß das Umsteigen 30 Pf. kostete. Da der Autobus hier nur ausschließlich eingesetzt ist, hat die VBG. seit Sonntag für diese Linie den Straßenbahntarif eingeführt, um Härten für die Bewohner von Steglitz und Mariendorf zu vermeiden. Es handelt sich hier um einen Sonderfall, bei dem der Autobus nur die Straßenbahn vertritt, so daß andere Linien nicht für diese Vergünstigung in Frage kommen.

Waldvernichtung in Potsdam.

Das Grundstücksamt der Stadt Potsdam gibt einen Fallprospekt heraus, aus dem der Natur- und Heimatsfreund mit Entsetzen ersieht, daß einer der schönsten Laubwälder, die in der näheren Umgebung Berlins noch vorhanden sind, nämlich der Hochwald hinter dem Brauhausberg bei Potsdam, der städtisches Besitztum ist, der Vernichtung anheimfallen soll. Ein Stück ist bereits weg und vollkommen parzelliert. Eine neue Straßenbahn, die an der Stelle vorbeiführt, wo früher das Schützenhaus stand, geht in einem tiefen Stroheneinschnitt durch den schönen Berglaubwald. Der Quadratmeter kostet 6 bis 20 Mark und die Parzellen haben eine Größe von 830 bis 5000 Quadratmeter, so daß im Mittel eine Parzelle etwa 25 000 Mark kosten dürfte, dazu die Villa, die wohl 40 000 bis 70 000 Mark erfordert. Man ist erstaunt, auch hier wieder einmal feststellen zu können, daß es offenbar immer noch genug Leute gibt, die sich derartig teure Grundstücke mit teuren Willen leisten können. 11 Hektar = 44 Morgen sind bereits auf diese Weise erschlossen worden, weitere 600 Morgen Hochwald sollen parzelliert und der Allgemeinheit entzogen werden. Was zu dem idyllischen Forsthaus Templin soll sich diese Gartenstadt der reichen Leute einmal erstrecken und das einzigartige Gelände geht damit dem Volk verloren. Warum werden die Natur- und Heimatschutzleute dieser drohenden schweren Vernichtung keine Aufmerksamkeit zu? Hier gibt es wirklich was zu tun den Heimat- und Naturschutz!

„Königin meines Herzens, wo finde ich dich?..“

Heuchelei beim Heiratsgeschäft.

Es gibt kaum etwas Züchtigeres und Deutscheres als die den Heiratsmarkt, wie er sich in den vielen und großen Organisationen des „Schindens“ und der „Freiwilligenvereine“ manifestiert, und wie man ihn auch im Inferatenteil der Zeitungen findet.

Diese Heiratsgeschäfte, aber erst nach Zahlung eines mäßigen oder teuren Beitrages (1 bis 30 M.), wirklich auf das Lebens- und Eheglück ihrer Mitglieder erpichteten Organisationen arbeiten ganz in der Stille — mit Tees und Treffabenden, die gewöhnlich in den Räumen der Heiratsvermittler und Agentinnen oder auch in Separaträumen bestimmter Hotels stattfinden.

Solche Veranstaltungen sind für den, den sie nichts angehen, sehr ergötzlich; böser sind sie schon für den, der mit den sogenannten ernsthaften Absichten hierherkommt, denn Liebe und Eheglück und die Auswohl des Traufliebsten sind ein sorgloses Problem, um so sorgloser, je mehr es diesen auf Freierversuchen wandelnden, oft schon recht betagten Männlein und Weiblein auf die materielle Fundierung dieses Liebesglückes ankommt — auf die Aussteuer, die Mitgift, das bare blanke Geld, das Geschäft oder den Grundbesitz.

Es ist, wenn zwei, die sich zunächst einmal unverbindlich gefunden haben, sozusagen guter Ton, der Liebe das Prä zu geben; man macht sich die bekannten schönen Augen und legt sich mit Clean ins rechte Licht, als gelte bei einem so zärtlichen Gelue selbstverständlich als unfein, gleich mit der Tür ins Haus zu fallen und die irdischen Güter und Besitztümer an den zehn Fingern aufzuzählen; diese Angelegenheit muß nach dem Ehrentod als etwas Sekundäres behandelt werden — mag auch immer er sie oder sie ihn nur dann nehmen, wenn genügend Betriebskapital, wenn ein gutgehendes Geschäft, ein einträglicher landwirtschaftlicher Besitz oder soundso viele Tausende die Garantie für eine glückliche Liebe

und harmonische Ehe bieten können. Ja, das gilt als unfein, davon zu sprechen, obwohl doch beide darauf brennen, sich so hoch und teuer als nur irgend möglich zu verkaufen — man muß also heucheln bei diesen Heiratsgeschäften und mit Begriffe wie Liebe, Harmonie und Glück scheinheilig operieren. Mit offenem Bissler kämpft man erst, wenn es sich erweist, daß der andere ein armes Luder, ein unzureichendes Vermögensobjekt ist, daß die als Räder ausgeworbene „florierende Fabrik“ kurz vor der Pleite steht und die „einträgliche Landwirtschaft“ eine elend verschuldete Müllsche ist. Hat man das erkannt, dann trennt man sich enttäuscht, geht weiter zu diesen erbaulichen Teesabenden oder inseriert auch mal. Vielleicht so: Großhandelsunternehmen, Fräulein, 38 Jahre, größeres Vermögen, zwei Wohnhäuser — Fabrik, Fräulein, 27 Jahre, Haus- und Grundbesitz — Fräulein, Ende Zwanzig, 35 000 M.! Man steht: es geht hier schon etwas ehrlicher und sachlicher zu, 20 000 oder 40 000 M. werden ausgedoten, das ältliche Fräulein ist nur die unausweichliche Zugabe.

Immerhin sind solche Inferate wenigstens ehrlich und jenseits von Heuchelei und hinterhältigen Sentiments; schlimm: wird es erst wieder, wenn jemand mit der über zwei Spalten festgedruckten, herzerkennenden Frage „Königin meines Herzens, wo finde ich dich?“ nach einem „lieben jugendlichen Fräulein zwecks geschäftlicher Einheirat“ auspäht oder ein anderer „Sonne für sein Heim“ oder eine Gefährtin sucht, die „etwas lieb sein kann und ein bißel Herz hat“, oder wenn man sich als „heitere Frohnatur“ oder „patienten Kerl“ anpreist — und im gleichen Atemzuge zu erkennen gibt, daß diese Frohnatur eben nur dann wüten, diese Heimsonne nur dann strahlen kann, wenn eine „solide Existenz — Hotel bevorzugt“ dahinter steht — aber so sind nun einmal diese Lyriker des Heiratsmarktes!

Marie mit dem Schimmelgespann.

Wie Altrentnerinnen um ihr Lehtes betrogen wurden.

Eine der gemeinsten Schwindlerinnen, die den Behörden schon viel zu schaffen gemacht hat, ist die jetzt 36 Jahre alte aus Berlin gebürtige Marie Ludwig. Sie lügt und findet ihre zahlreichen Opfer unter den hochbetagten Altrentnerinnen, die kaum noch über ein paar Groschen verfügen.

Schon in den Jahren 1924/26 trieb die Ludwig ihr Unwesen in ganz Groß-Berlin und wiederholt mußte vor ihr gewarnt werden. Die „Einnahmen“, die sie mit ihrem Schwindel erzielte, erlaubten ihr, in vornehmen Pensionen zu wohnen und sich eine elegante Rieckequipe zu halten. Das gehörte sozusagen zum Geschäft. Sie rechnete ganz richtig, daß die alten Leuten, die sie besuchte, sich von Pferd und Wagen mehr imponieren lassen würden als von einem Auto. Gut geleidet und öfter in Begleitung einer Helfershelferin, die die „Sekretärin“ spielte, fuhr sie mit dem Schimmelgespann bei den Rentnerinnen vor und gab sich für eine Wohltäterin aus, die den Betagten beistehen wollte. Unerkennbar war die Ludwig im Ersinnen immer neuer Wendungen: bald hieß es, die Rente für den im Felde gefallenen Sohn oder Ehemann solle erhöht werden, dann wieder wurde Erhöhung der Altersrente in Aussicht gestellt usw. Den Beschluß des vornehmen Besuches machte jedesmal entweder ein Diebstahl oder eine „kleine Anleihe“ wegen augenblicklicher Geldverlegenheit. Damals waren nach und nach 200 Anzeigen gegen die Betrügerin eingegangen, bis sie schließlich gefaßt und mit Rücksicht auf die Gemeinheit ihrer Streiche zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde.

In der Anstalt rühmte die Ludwig sich anderen Insassen gegenüber, wie einfach und erfolgreich ihr Trick immer gewesen sei, denn die alten Leute hätten nicht gut sehen und sie deshalb schwer beschreiben können. Im Herbst 1929 wurde sie aus der Strafanstalt entlassen und hat, wie neue Anzeigen beweisen, das frühere Gewerbe sofort wieder aufgenommen. Schon jetzt liegen wieder annähernd 40 Fälle vor. Einmal war die Ludwig, die jetzt nicht nur die Stadt, sondern auch die Vororte im näheren und weiteren Kreise heimlich, in Drankenburg festgenommen worden. Man hatte sie dort versehentlich aber wieder entlassen. Es erscheint angebracht, vor der Betrügerin neuerdings wieder zu warnen.

Tschernwongzenprozeß geht weiter?

Die Angeklagten legen Revision ein.

Mit der Beurteilung der Georgier scheint der Tschernwongzenprozeß noch nicht zu Ende zu sein. Die Verteidigung hat erklärt, Revision einlegen zu wollen. Das letzte Wort über die Anwendung der Amnestie wird also das Reichsgericht zu sprechen haben. Landgerichtsdirektor Krüger gab für ihre Nichtanwendung folgende Begründung: Das Strafrechtsgesetz vom 14. Juni 1926 fände nur Anwendung, wenn es sich um Verbrechen handle, die aus politischen Gründen begangen worden seien. Das Reichsgericht habe sich aber dahin ausgesprochen, daß politische Gründe nicht dann vorliegen, wenn auf eine Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands hingewirkt werden sollte. Die Georgier hätten sich wohl an deutsche Kreise gewandt, auch General Hoffmann für ihre Pläne interessiert; das Ziel ihrer Bestrebungen sei aber die Befreiung ihres Heimatlandes gewesen. Eine Einwirkung auf die innerdeutschen Verhältnisse sei letzten Endes nicht ihre Absicht gewesen. Deshalb könne auf die georgischen Angeklagten die Amnestie keine Anwendung finden. Sie hätten eben Hilfe gesucht, wo sie sie finden zu können glaubten. Es sei ausdrücklich festzustellen, daß sie sich an amtliche deutsche Stellen nicht gewandt und daß diese Stellen von ihren Absichten nicht das geringste gewußt hätten. Die Fällungen seien zwar aus politischen Gründen geschehen, jedoch nicht bloß aus politischen; andererseits aber auch nicht bloß aus eigennützigen Motiven. Deshalb seien den Georgiern mildernde Umstände zuzubilligen gewesen.

Mit dieser Begründung hat sich das Gericht zweiter Instanz in direkten Widerspruch zur ersten Instanz gesetzt. Dort hatte das Gericht anerkannt, daß die Georgier gemeinsam mit ihren rechtsradikalen Freunden in der Bekämpfung des Kommunismus in Deutschland und Schaffung einer „nationalen“ Regierung eine Vorbedingung zur Niederwerfung des Bolschewismus gesehen hätten und aus diesem Grunde auf die Umgestaltung der innerdeutschen politischen Verhältnisse einzurwirken beabsichtigt hätten; deshalb sei auch auf die Georgier die Amnestie anzuwenden gewesen. Das Reichsgericht wird zu entscheiden haben, welche von beiden Instanzen recht hat.

150 Todesopfer der Hitzewelle.

100 Personen beim Baden ertrunken.

New York, 22. Juli.

Die Hitzewelle im mittleren Osten der Vereinigten Staaten dauert weiter an und hat bisher mehr als 150 Todesopfer gefordert. Über 100 Personen sind beim Baden ums Leben gekommen.

Erfreuliches aus dem Brodtener Lager.

Lübeck, den 22. Juli.

Die Diphtherieerkrankungen im Brodtener Kinderlager der roten Falken haben sich, wie vom Gesundheitsamt mitgeteilt wird, nicht weiter verbreitet. Das Befinden der erkrankten Kinder ist befriedigend.

Kinderepidemie bedroht Baden.

Die spinale Kinderlähmung, die im Elsaß außerordentlichen Umfang angenommen hat, ist jetzt, wie aus Köln mitgeteilt wird, auch auf der badischen Seite des Rheins, in Neumühl bei Rehl, ausgebreitet, wo drei Fälle festgestellt wurden. Die Kinderschule ist geschlossen worden.

„Flachsmann als Erzieher“ im Rose-Theater.

Die alte Komödie von Otto Ernst „Flachsmann als Erzieher“ erlebte im Rose-Theater ihre Neuaufstudierung. Es ist ein glücklicher Griff, den das Rose-Theater gerade mit diesem Stück getan hat, das ein noch immer aktuelles Schul- und Erziehungsproblem behandelt. Im Osten und Norden Berlins, wo die Elternschaft viel mehr als in anderen Stadtteilen mit der Schule und ihren weitgehenden Reformen verwaschen ist und tätigen Anteil an ihrer Entwicklung nimmt, wird die Otto-Ernstsche Pädagogik, der man einige moderne Anklänge hinzu gebichtet hat, ganz zeitgemäß. So kam es, daß das ausverkaufte Haus mit dem stottern Spiel des vorzüglichen Ensembles voll und ganz mützig und vielfach sogar bei offener Szene Beifall klatschte. Eine vorzügliche, von Robert Müller geführte Regie brachte selbst bei den bescheidenen Mitteln, über die diese Bühne nur verfügt, ein immer gutes Szenenbild zustande; Robert Müller machte aus der Rolle des Schulrats Prell, eine Glanzleistung und spielt den Alten mit all den knorrigen Auswüchsen des Typus eines verabschiedeten und doch tüchtigen Pädagogen alter Schule. Willi Rose, der den Lehrer Fleming spielt, unmerklich etwas stark, wie auch Franz Stein als Flachsmann viel zum Extrem der Gegenseite neigt. Das übrige Lehrerkollegium, vor allem Walkowitsch als Dierks und Erich Wilde als Weidenbaum, und die Damen Elisabeth Bechtel und Gertrud Ranig sind beachtenswert. Selmar Kandin als Schüldner Regendant und Käthe Fischer als Frau Biesendahl waren keine Vertreter ihrer komischen Rollen. Die außerordentlich freudige Anteilnahme des Publikums an der Aufführung war beachtenswert.

Dachstuhlbrand in der Lessingstraße. Im Dachstuhl des Vorderhauses Lessingstraße 26 brach am Dienstagabend aus noch ungeklärter Ursache Feuer aus, das in kurzer Zeit erhebliche Ausdehnung gewann. Mehrere Züge der Feuerwehr waren mit der Bekämpfung des Feuers und den Aufräumungsarbeiten nahezu vier Stunden lang beschäftigt. Der Brand ist vermutlich durch Fahrlässigkeit entstanden.

Herbstjugendweiche der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften. Alle Anmeldestellen werden hierdurch gebeten (soweit noch nicht geschehen), die im Besitz befindlichen Jugendweiche anmeldungen umgehend dem Jugendweiche sekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Treppen, zuzustellen, da mit der Einteilung der Lebenskundekurse begonnen werden muß.

Der Rat der Stadt Birmingham besucht die Reichshauptstadt. Mitte August trifft der Lord-Mayor von Birmingham mit verschiedenen Mitgliedern des Rates der Stadt-Birmingham zu einem Besuche Berlins ein. Der Lord-Mayor hat die Absicht, eine Reihe von Einrichtungen der Stadt Berlin, vor allem aber die Wohnungsneubauten, besonders die Arbeiterwohnungen, kennenzulernen.

Der Meinetische Männer-Chor Berlin 1900 singt Volkslieder am Freitag, dem 25. Juli, 20 Uhr, im Volkspark Köpenick auf der Freilicht-Tanzbühne hinter dem Stadion.

Zur natürlichen Braunnung der Haut jene man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzliche Abkühlung eine gesunde, sonnengedehnte Hautfärbung. Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Creme-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Banken / Krise / Sparkassen.

Krisenverschärfende Zinspolitik der Banken - Bankenpolitik, die sich rächt.

In den letzten 14 Tagen gab es im deutschen Bankwesen einen großen Krach. Keine Kriesenpeite (noch nicht), aber eine ganz außerordentlich scharfe Auseinandersetzung zwischen Privatbanken und öffentlichen Sparkassen.

Wer in Rheinland-Westfalen haben damals die privaten Banken.

obwohl sie selbst nach der neuen Diskontierung um 1/2 Proz. von der Reichsbank entsprechend billigeren Kredit haben konnten, ihre eigenen Zinsforderungen diesmal nicht herabgesetzt, so daß die Wirtschaft entsprechend geschädigt wurde und tatsächlich auch die Gefahr einer Krisenverschärfung eintrat.

olle Vorwurf erhoben, die Sparkassen sind zu billig und müßten leuter sein;

denn sonst werden die Privatbanken ruiniert. Die Sparkassen antworteten darauf mit Recht, für sie läme es auf den volkswirtschaftlichen Dienst (hohe Einlagen- und niedrige Kreditzinsen) an, nicht auf das privatwirtschaftliche Verdienen (umgekehrte Zinsordnung mit hoher Zinspanne); im übrigen sei für die Einlagenzinsen nicht der Reichsbankdiskont, sondern der Pfandbriefzins maßgebend, weil die Sparer bei zu niedrigen Einlagezinsen einfach nur noch Pfandbriefe kaufen und die Sparkassen postulieren.

Dieser Streit schlug Wellen durch ganz Deutschland. In Berlin vermittelte (hinter den Kulissen natürlich) die Reichsbank zwischen Privatbanken und Sparkassenzentralen. Der Reichswirtschaftsminister und der preußische Wohlfahrtsminister setzten sich mit aller Macht für die Einführung des siebenprozentigen Pfandbriefes ein (der den Sparkassen mit den Einlagezinsen ja zurückzugeben erlaubt).

Die bürgerliche Handelspresse deckte den Mantel der Liebe über diese Gegenläufe und erklärte, daß eigentlich beide recht hätten, daß eine Verständigung (auf wessen Kosten?) notwendig sei und daß der Streit eigentlich nur wegen der widerspruchsvollen Entwicklung des Geldmarktes - nach der die Banken - und der des Kapitalmarktes - nach der die Sparkassen Kredite gewähren - entstanden sei. So die „Frankfurter Zeitung“, die an den wirklichen Hintergründen des Streits in der Tat völlig vorbeiflog.

mit aller Offenheit einige Dinge ausgesprochen

werden, über die zu sprechen der von den privaten Banken gewünschte gute Ton der bürgerlichen Öffentlichkeit verbietet. Zunächst das Ziel eines solchen Friedens: die Konkurrenz der Sparkassen um die in Deutschland heute noch sichtbar fließenden Kapitalquellen soll erschlagen, die Sparkassen sollen in ein Zinskartell der Privatbanken eingepaßt und die ungeheuren Fehler der privaten Bankenpolitik, die die Bankrentabilität bedrohen, sollen in ihrer schädlichen Wirkung neutralisiert werden - und alles auf Kosten der Gesamtwirtschaft!

Es ist verständlich, daß die privaten Banken immer größere Sorgen haben und daß die öffentlichen Banken und die Sparkassen, zum Ruhen der Gesamtwirtschaft, immer konkurrenzfähiger in der Heranziehung von neuem Kapital werden.

Einmal sind Zahl und Kosten der Privatbanken im Verhältnis zum Geschäftsumfang immer noch viel zu groß, der Sparkassenapparat ist viel weniger ausgebildet und arbeitet, trotz höherer Gehälter, viel spärlicher.

Zum zweiten haben die Banken ihre Sparer- und Rentnerlundschaft durch Verweigerung jeder Aufwertung auf Generationen retardiert.

Zum dritten - und damit beginnen die ärgsten Fehler - haben besonders die deutschen Privatbanken durch ihren gegenseitigen

Wettlauf in der finanzkapitalistischen Industriebeherrschung (eigentlich ein Wettlauf um die Kundenschaft) die Voraussetzungen eines guten Bankgeschäftes ruiniert: als industrielle Großaktionäre stießen die Banken mit ihrer Dividendenpolitik das Aktionärspublikum vor den Kopf. Sie mußten auf der Börse ihre eigenen Aktien stützen; die folgende Aktionärsvertrauenskrise ruinierte das Emissions- und Börsengeschäft der Banken. Die industrielle Hausmachtspflege der Banken verlangte Zwangskredite und Zinsrabatte bei gleichzeitig wachsenden Verlustgefahren in den „nahelstehenden“ Unternehmungen, während die Kleinkredite überhaupt vernachlässigt und die nicht „nahelstehenden“ Kunden vielfach übers Ohr gebauen wurden.

Viertens: Obwohl die Privatbanken am stärksten an der Behinderung der Kapitalflucht interessiert sein müßten (die geschätzten acht Milliarden wären doch fast hundertprozentig Privatbankgelder gemorden), geben sie selber bei dieser Flucht ein schlechtes Beispiel und treiben ihre eigene Kundenschaft ins Ausland.

Holt Chile-Salpeter auf?

General Ibanez als Kaufmann. - Das chinesische 1 1/2 Milliarden-Syndikat.

Der Diktator Chiles, Präsident Ibanez, hat das Geheiß über die Schaffung eines nationalen Salpetersyndikates unterzeichnet. Die „Casana“, der halbstaatliche 1 1/2 Milliardenruß, der die gesamte, in der Reorganisation begriffene Chilealpeter-Industrie auf sich vereinigt, kann demnach jetzt ihre Tätigkeit aufnehmen. Chiles Stickstoffindustrie tritt damit von neuem in den Kampf um die Gunst der Düngemittelkäufer mit einem Vorsprung ein. Wenn die Luftstickstoffindustrie nicht Gegenmaßnahmen auf ebenso breiter Grundlage trifft, hat Chilealpeter in der Welt wieder große Erfolgsaussichten.

Chilealpeter war noch um die Jahrhundertwende das künstliche Düngemittel schlechthin. Ueber 70 Prozent aller zur Bodenverbesserung verwandten künstlichen Mittel entstammten damals den Salpetergruben der Cordilleras de los Andes. Die chilenische Regierung bestritt fast ihre gesamten Ausgaben mit den Mitteln, die durch eine hohe Ausfuhrabgabe auf Salpeter herbeikamen. Schon in den Jahren kurz vor dem Kriege begann die künstliche Stickstoffgewinnung dem chilenischen Salpeter Konkurrenz zu machen. In den ersten Nachkriegsjahren schien es so, als sollte der chilenischen Salpeterindustrie der Garaus gemacht werden. Der ungedeckte Bedarf von Landwirtschaft und Geshöf-fabrikanten bei abgesperrten Grenzen hatte während der Kriegsjahre zu einem kolossalen Aufschwung der künstlichen Stickstoffherzeugung, namentlich in den zentral-europäischen Ländern, geführt. Der Chilealpeter schien seine Konkurrenzfähigkeit nicht mehr erlangen zu können; durch die gleichbleibenden Frachten und Ausfuhrabgaben war er bei stark sinkenden Düngemittelpreisen erheblich vorbelastet. So sank der Anteil des Chilealpeters an der Welt-Stickstoffproduktion bis auf 18 Prozent und schien noch weiter sinken zu wollen.

Da führte das Vorgehen des nordamerikanischen Kupferkongerns Guggenheim Brothers zu einer Umwälzung. Die Guggenheims hatten in zehnjähriger Laboratoriumsarbeit die in Chile bei der Kupfererzverarbeitung gesammelten Erfahrungen auf die Salpetergewinnung anzuwenden lassen. Das Ergebnis war ein Verfahren, das trotz qualitativer Verbesserungen eine Senkung der Herstellungskosten des Salpeters auf mehr als die Hälfte gestattete. Im Jahre 1926 begann der Guggenheim-Kongern mit dem Erwerb umfangreicher Salpetergruben zur Auswertung des Verfahrens; die Ausfuhrabgabe von 53 Mark pro Tonne war ihm jedoch noch sehr hinderlich. Gerade rechtzeitig stellte sich da in Chile eine Militär-Revolution ein, die mit der Errichtung einer Diktatur durch einen den Nordamerikanern genehmen Mann führten,

Zum fünften hat die Hege gegen die Kommunen und den öffentlichen Kredit, haben die immer mehr zu Kronrentenverträgen werdenden Kreditgewährungen an öffentliche Körperschaften und Werke und hat schließlich auch die Witterstellung der Banken bei der Verhäufung der öffentlichen Werte aus Ausland auch die letzte öffentliche Kundenschaft aus den Bankkontoren vertrieben.

Schlussfolgerungen.

In der Tat, den Banken geht es heute nicht gut, und sie genießen wenig Vertrauen; den Sparkassen geht es besser, sie genießen mehr Vertrauen. Aber daran sind die Banken selber schuld und nicht die Sparkassen. In der jetzigen Wirtschaftskrise sind die Sparkassen durch ihren Wettbewerb in der Zinspolitik nämlich, die Banken durch ihre Forderung nach Ausschaltung des Wettbewerbs und nach einem öffentlich-privaten Zinskartell schädlich. Es ist deshalb bedauerlich, daß die Sparkassen im Kampf um die Zinspanne überhaupt etwas nachgeben. Notwendig ist vielmehr, daß nicht nur die Sparkassen, sondern die ganze Gruppe der öffentlichen Banken ihren Wettbewerb mit den Privatbanken aufrechterhalten, denn nur dieser Wettbewerb kann wirklich auch in der Zinspolitik Verbilligungen herbeiführen. Geradezu schädlich müßte aber ein Frieden zwischen Banken und Sparkassen sein, solange die Friedenswünsche der Banken ausschließlich um jetzt ihre Gründe in den Fehlern der privaten Bankenpolitik haben.

den ehemaligen Obersten, nachmaligen Kriegsminister und jetzigen Westenschen-Russland Ibanez.

Die Verhandlungen zwischen Guggenheim Brothers, Ibanez und dessen Spezialisten für Salpeterangelegenheiten, dem ehemaligen Finanzminister Pablo Ramirez, haben jetzt zu der erwähnten Gründung der „Casana“, Compania Salitrera Nacional (Nationale Salpeter-Gesellschaft) geführt, die mit einem Kapital von 3 Milliarden Pesos (= 1,5 Milliarden Mark) versehen ist. Der chilenische Staat bringt unerschlossene Salpeterovorräte in die Gesellschaft ein und erhält dafür und für die endgültige Aufhebung der Ausfuhrabgaben auf Salpeter und das Nebenprodukt Iod die Hälfte der Gesellschaftsanteile. Die andere Hälfte geht an die Grubenunternehmungen für die Einbringung ihrer Anlagen. Ende vorigen Jahres betrug die Zahl dieser Unternehmungen 71 (August 1927 nur 38). Rohgebend sind unter ihnen die Brüder Guggenheim, in deren Salpeterkongern folgende Unternehmungen die wichtigsten sind: Laidaro Nitrate Co.-London (größte Salpeter-Erzeugerin der Welt); Laidaro Nitrate Corp.-Delaware; Anglo-Chilean Consolidated Nitrate Corp.

Die Einnahmen, die der chilenische Staat früher durch die Ausfuhrabgabe erzielte, will er nun aus den Gewinnen der „Casana“ schöpfen. Auf jeden Fall ist dafür gesorgt, daß die Vertreter der Regierung bei künftigen Grubenkäufen der „Casana“ noch einiges verdienen können.

Die Auswirkungen der chilenischen Konzentration werden für Mitteleuropa wahrscheinlich weitere Preisherabsetzungen für künstliche Düngemittel sein. Die Chilenen haben kürzlich eine Veränderung der Frachttarife beim Verkauf angekündigt, die für weite Gebiete in Deutschland einer nicht unerheblichen Verbilligung gleichkommt. Die Luftstickstoffindustrie wird den Chilenen auf diesem Wege voraussichtlich folgen. Eine grundsätzliche Einigung zwischen Chilealpeter-Industrie und den maßgebenden Luftstickstoff-Produzenten ist zwar im Juni vorigen Jahres erfolgt; aber die künftigen Positionskämpfe am Düngemittelmarkt sind dadurch nicht unmöglich gemacht, sondern nur in ihren Erscheinungsformen gemildert worden. Inwiefern die chilenische Konzentration hier wieder eine - der Landwirtschaft nützliche - Verhäufung des Konkurrenzkampfes bringt, wird die Kampagne 1930/31 zeigen müssen. Jedenfalls hätten sich weder die Guggenheims auf einen neuen Geschäftszweig verlegt, noch hätten die Chilenen die Salpetersteuer reformiert, wenn beide Gruppen nicht eine bedeutende Steigerung ihrer Einnahmen im Auge hätten; das Mittel dazu ist die Verhäufung des wieder konkurrenzfähig gewordenen Chilealpeters.

Ein Welt-Tonfilm-Monopol.

Der Tonfilm-Friede in Paris geschlossen.

Nach vierläufigen Verhandlungen sind die Vertreter von zwölf amerikanischen Elektro- und Filmkongernern und vier deutschen Großfirmen gestern zum Abschluß eines Abkommens gelangt, durch das die Verwertung von Tonfilmpatenten sowohl für die Filmerzzeugung als auch für die Filmverführung für fast die ganze Welt durch diese Firmen einseitig geregelt wird. Auf deutscher Seite war insbesondere die AEG, der Siemenskongern und das Tonbildsyndikat an den Verhandlungen beteiligt. Das Ergebnis ist einmal die einseitige Vergebung der Lizenzen der deutschen und amerikanischen Patentinhaber an Filmerzzeuger der ganzen Welt zur Herstellung von Tonfilmen. „Die Filmstreifen sollen in allen Ländern in Lizenz gebauten Apparaten verwendbar sein.“ Deutschen und amerikanischen Filmproduzenten sollen nun ihre Märkte gegenseitig geöffnet sein. Die Erzeugerfirmen der Aufnahmen- und Verführungsapparate haben auch vorsorglich die ganze Welt für den Verkauf der Apparate unter sich verteilt. So werden alle Apparate für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Tschechoslowakei, Holland (mit Kolonien), Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Südslavien, Rumänien und Bulgarien von den deutschen Kongern hergestellt, die amerikanischen beliefern die Vereinigten Staaten (mit Kolonien), Kanada, Australien, Indien und Rußland. Die in der übrigen Welt gebrauchten Apparate sollen von den deutschen und amerikanischen Gruppen gemeinsam hergestellt und geliefert werden.

Keine Weizenfügung mehr in USA.

Der Vorsitzende des amerikanischen Farmeramtes hat erklärt, daß die Stabilisierungsversuche für den Weizenpreis durch Anlauf und Magazinierung von Weizen keinen Dauererfolg haben könnten, da durch solche Aufstürze nur Unterlassungsfünden früherer Jahre gus-

gemacht würden. Gegen dauernde Neuüberschüsse sei das Amt machtlos, und die einzige Hoffnung der Farmer auf bessere Weizenpreise könne nur in der Regulierung der Anbaufläche bestehen.

Eingekreiftes Kupferseide-Monopol.

Bemberg senkt seine Preise.

Die A. B. Bemberg A.-G. hat die Preise ihrer Kupferseiden-garne ab 1. Juli ermäßigt. Die Gesellschaft besitzt in Deutschland eine Monopolstellung für die metallisch glänzende, zum Unterschied von anderen Kunstseidenarten weniger dehnungsfähigen Kupferseide. Sie hat diese Position früher zu einer „Stabilisierung“ der Preise ausgenutzt. Durch qualitative Verbesserungen der Biskose-Seide-fabrikanten an ihren Erzeugnissen wurde jedoch die Kupferseide zurückgedrängt, so daß jetzt nicht nur die Preise herabgesetzt wurden, sondern auch die Erzeugung in Barmen eingeschränkt werden muß. Das Durchsichern dieser Reuigkeit hatte an der Börse eine Kurs-senkung der Bemberg-Aktien um 10,5 auf 98 Proz. zur Folge.

Kupferpreis 11,30 Cents. Das amerikanische Kupferkartell hat seine in Europa geltenden Preise von neuem etwas ermäßigt. Nachdem der Preis schon von 11,80 auf 11,55 Cents für ein englisches Pfund Kupfer herabgesetzt war, wird er neuerdings auf 11,30 Cents ermäßigt. Die Zurückhaltung der Kupferverbraucher in Amerika und Europa hält an.

Dr. Sells-Essler wieder 10 Proz. Dividende. In der Aufsichtsrats-sitzung der Dr. Sells-Essler A.-G. Berlin wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 10 Proz. vorzuschlagen. Die Umsätze im abgelaufenen Geschäftsjahre entsprachen der allgemeinen Entwicklung. Der Geschäftsgang im neuen Jahr war bisher befriedigend.

Die Sächsischen Gußstahlwerke in Döhlen bei Dresden, die zu dem Kongern der Vereinigten Stahlwerke gehören, haben 930 Ar-beitern gekündigt.

Ivan Prutkow: Das Wunderkind

Auf den ersten Blick war an dem Kind nichts Besonderes. Alles war auf seinem Platz, alles war da: ein Kopf, zwei Arme, zwei Beine und so weiter. Augen — farblos, das Haar — nichts sagend, rötlich.

Das Kind sah apathisch auf den Anien seiner Mutter, die belächelt die Lippen zusammengepreßt hielt und von der Seite her schielte nach sechs erschrockenen Bürgern männlichen Geschlechts.

Diese sechs Bürger preßten sich aneinander wie Leidensgefährten und bemühten sich frampfhaft, weder Mutter noch Kind anzusehen. Sie warteten ergeben auf das, was kommen sollte.

Und es kam folgendes:
Der Richter schlug dem wissenschaftlichen Experten vor, sein autoritatives Gutachten abzugeben.

Als dieser Menich mit dem selbstzufriedenen Gesicht sich räusperte erhob, warfen die sechs Bürger, einer wie der andere, erschrockene und gespannte Blicke auf ihn.

„Kun... Brüderchen...“ — jetzt Brüderchen, heißt's tapfer sein... Die Wissenschaft wird alles bis aufs kleinste Härchen klarstellen. Das ist nun schon einmal sicher!“

„Bürger“, begann der Experte, ohne sich zu scheuen, bald auf die sechs Bürger, bald auf das im Saal verammelte Publikum blickend, „vor ihren Augen sehen Sie ein Kind, das zweifellos von seiner Mutter, der Bürgerin Tschistowa, geboren wurde. Darüber gibt es allerdings keinen Zweifel. Aber wer, fragen wir uns, ist der Vater?“

„Auf dieser Bank sitzen sechs Bürger, die der Tat verdächtig sind, die aber beharrlich jede aktive Teilnahme ableugnen. Wer von ihnen also ist der glückliche Papa, welcher von ihnen ist es, der seine Vaterhaft schändlich verheimlichen will? Wie ließe sich das feststellen? In solchen Fällen, Bürger kommt uns die Anthropometrie zu Hilfe.“

Die sechs Verdächtigen hielten vor Schreck zusammen. „... die Daktyloskopie, Eugenetik und verschiedene andere Zweige...“ feuerte der Experte in einem Atem.

Die Verdächtigen rückten hilflos zusammen, nachdem diese Ladung auf sie losgelassen war.

„Bei Gott, wir sind verloren...“

„Also, Bürger, ich beginne mit dem Gutachten. Spitzschin, kommen Sie bitte hierher! Bürgerin Tschistowa, geben Sie ihr Kind her!“

Spitzschin erblickte resigniert, warf einen letzten Blick auf seine Kameraden, dann näherte er sich dem Experten.

Alle hielten den Atem an. In den Händen des Experten glänzten irgendwelche Almale und Zirkel. Er nahm von irgend etwas auf dem Kopfe des Kindes Maß, dann auf dem Kopfe Spitzschins.

„So“, sagte er, „ich danke Ihnen. Der Kopf des Kindes stimmt mit dem Ihrigen vollkommen überein. Punkt für Punkt! Zeigen Sie mir Ihre Hand. Nein, die Hand ist nicht von Ihnen! Es ist eine fremde Hand. Matshugow, bitte herher!“

Matshugow atmete tief, befeuerte sich — und kam näher.

„Zeigen Sie mir, Matshugow, den linken Daumen mit der Innenfläche nach oben! So, stimmt. Sie können die Hand schon fortnehmen. Ihr Daumen und der des Kindes stimmen überein wie ein Paar gleicher Schuhe. Nach dem Finger zu schließen — sind Sie der Papa?“

Die vier anderen sahen halblebendig, halb tot in Erwartung ihrer Reihenfolge.

„Riktsenko, ich bitte!“

Riktsenko sprang auf und kam mit zusammengekniffenen Augen näher.

„Beritoren Sie nicht den Mut“, verträufelte ihn der Experte,

„vielleicht sind Sie der Glückliche, an dem kein Organ mit dem Kinde korrespondiert. Messen Sie, bitte, ein wenig die Augen!“

Beritoren machte Riktsenko die Augen auf — ihm war alles egal, er fühlte sich bereits verloren. Der Experte hantierte in seiner Augengegend herum.

„Stimmt. Diese kindliche Zeichnung der Augen ist bei beiden die gleiche. Sie können die Augen wieder schließen!“ sagte er.

Und noch drei warteten, bis die Reihe an sie kommen sollte. Eine einzige Hoffnung begann in ihren Augen aufzuflecken.

„Es kann sein, daß zu unserem Glück das Kind im großen und ganzen bereits vollkommen aufgestellt ist?“ dachten sie, „vielleicht bleibt dann für uns kein Anteil an der Vaterhaft mehr übrig.“

Aber — o weh! Es war nicht so. Dieses Kind war einfach schrecklich gebaut.

Man rief Bruchanikow: es stellte sich heraus, daß nach den Zähnen zu schließen, dieser Sohn von ihm stammte.

Dann kam Schapomalow. Stellen Sie sich vor, er hatte nicht-jugendliches rotes Haar. Mit einem Wort: die Haare des Kindes!

Ganz zum Schluß kam Strjukow.

„Suchen Sie mir“, sagte er, „in den Fabriken sind Durchsuchungen zwar verboten, aber hier ist man einfach machtlos. Egal, soll ich also wegen dieses niederträchtigen Balges zugrunde gehen. Also, untersuchen Sie mich!“

Der Experte begann ihn zu untersuchen. Beine, Arme, Kopf, Augen. Scheinbar stimmte nichts überein. Strjukow wurde bereits munterer, begann sich zu freuen:

„So“, dachte er, „das heißt man Glück! Bin an dem Kinde nicht beteiligt. Werde die ganze Sache los sein...“

Ja, erst recht nicht! Machte den Mund auf! Weiter... Und plötzlich, plötzlich schrie das Kind. Der Experte rief eilig: „Versuchen Sie, Bürger Strjukin, zum Vergleich einen gedehnten Ton von sich zu geben. Machen Sie den Mund weit auf!“

Strjukin hätte am liebsten dem Kinde mit dem Stiefel einen Stoß verfehlt, denn es kam an den Tag, daß er mit dem Kinde vollkommen einstimmt schrie.

Während dieser Experimente bemächtigte sich des Publikums eine stets wachsende Aufregung. Man begann schließlich nach dem Ausgang zu drängen.

„Halt!“ schrie der Experte, „bleiben Sie hier! Warten Sie! Es darf niemand den Saal verlassen. Vielleicht sind noch ein paar Beteiligte anwesend. Ich werde jetzt Fingernägel überprüfen, um eine eventuelle Beteiligung anderer Herrschaften festzustellen!“

Da erhob sich im Saale ein allgemeiner Tumult. Eine aufgeregte Frau rief im Gedränge die Garderobehelfer herunter und schrie:

„Lassen Sie mich fortgehen! Man wird doch nicht am Ende noch an den Fingernägeln einer Frau knastieren, wer der Vater ihrer Kinder ist!“

Aber was geschah dann? Ein merkwürdiger wissenschaftlicher Zwischenfall.

Der Experte warf einen Blick auf seine eigenen Fingernägel, überstog eilig jene des Kindes — und wurde grün vor Schreck.

„Eine schöne Geschichte habe ich mir da angefangen“, dachte er, „bei Gott, meine Fingernägel gleichen jenen des Kindes auf ein Haar!“ Dann schrie er:

„Lassen Sie die Leute ruhig fortgehen. Ich habe mir mir einen Spaß geleistet!“

Dann wendete er sich eilig an Mamachen Tschistowa: „Tragen Sie ihr Kind nach Hause! Es genügen sechs wissenschaftlich festgestellte Väter!“

(Deutsch von Arnold Besserbeuren.)

Max Dortu: Kavala

Tabaksvolk in Griechenland

Kavala an der Ägäis. Kavala, die Tabakstadt. Die Stadt, die den Tabak aus dem Hinterlande Mazedonien und aus Thrazien verarbeitet und verschifft. Kavala — 25.000 Einwohner, mehr als die Hälfte davon lebt vom Tabak. Kavala riecht sogar nach Tabak, von den Fabriken her und von den Verkaufsstellen im Hafen. Kavala im nördlichen Griechenland: Hauptstadt der Provinz Westthrazien. Kavala ist mehr als 4000 Jahre alt, in der Antike hieß es Neapolis: seine kriegerischen Galeerenjäger waren weit und breit gefürchtet. Homer hat das Kriegs- und Seevolk von Neapolis besungen. Wer wird das Epos über das Tabaksvolk von Kavala schreiben? Das Heldenlied der Arbeit — das mehr ist, als das Kriegeslied von Nord und Vernichtung. Kavala, die weißbunte Stadt: in der klaren Bucht — ganz leise nur wagt die See Ägäis, Kavala ist neu erbaut, das alte Kavala wurde 1927 von einem Brande fast ganz zerstört. Aber seine byzantinische Burg steht noch: massiv, finster, trübselig — das Zwingvolk des rauen Mittelalters. Auch der Bischofssitz von Kavala blieb vom Feuer verschont — der heilige Basiliskus selbst stand mit dem Bischof vor seinem Bischof: Volk, auf die Knie, bete, das Wunder. Aber es knien nur ein paar alte Weiblein — Kavala ist im Geiste modern, revolutionär ist es: revolutionär gegen Tradition und Vorrechte und Aberglauben. Ein griechisches Sprichwort sagt: „Bist du Schönheit und Scharfsinn auf einen Blick? Schoue den Mädchen von Kavala in die Augen. Sie sind schön und klug.“ Des macht der Tabak, die Industrie, der Druck vom Unternehmertum zeugt Gegendruck von unten — willst du dich wehren, dann mußt du denken, wenn du denkst — dann gewinnst du: irgendwie. Denkende Menschen sind immer schön. Tabakstochter von Kavala — hier unsere Hand, laßt uns Freunde sein!

Kavala an der Ägäis. Die hohen Berge im Norden sind der Grenzwall gegen Bulgarien. Im Nordwest blaut das Bergland von Südbulgarien. Und im Osten ist der wüchsige Fluß Maritza die Grenze gegen die Türkei. All das Land: die Hügel und die Berge — die von Norden her gegen die See Ägäis abfallen, sind Tabakland. Auch Baumwolle wird gebaut. Getreide und Kernen, Obstbäume und Lorbeerbäume und Felsenbäume. In den Hausgärten duftet der rosafarbene Olear. Bunte Gärten und warmer Wind. Und immer die goldene Sonne — die Sonne über Mazedonien und Thrazien Tabakland. Ein gelegenes Land: reich, schön und romantisch. Griechen und Slaven in buntem Bolkergemisch — oft streiten sie, auf den Kirchensteinen blüht abends im Wirtshaus das Weiser, rotes Blut verströmt ganz unnütz — friedlich scheinen die Sterne und über Bulgariens Gebirgsaal kommt jartrot der Vollmond herauf: eine riesige goldene Kugel — Wölfer, verjagt euch, nicht das Messer — sondern zur Freundschaft streckt die Hand!

Und heute ist Sonntag — heute ist ein Tag der Freundschaft: am Hafenquai von Kavala liegt buntdruckend ein kleiner weißer Dampfer. Dampf: denn beiläufig über Lopp. Große Sonntagsmenschen strömen dem Hafen zu, alles Tabaksvolk aus den Fabriken — sie haben den

Dampfer gemietet: heute machen wir einen Ausflug — zur Insel Thafos hinüber!

Wir fahren schon, leicht und weich wiegt uns der Dampfer, wie Traumwiegen ist das — das Meer ist blig glatt, klarblau — nur die Bugwelle des Dampfers ist opalescences Schaume — und die Schraube wirbelt rauschendes Silber auf. An Bord hört du Gesang. Die Tabakstochter von Kavala singen — Heimatlied und Liebeslied, aber auch ein internationales Kampflied: denn das Tabaksvolk in den Fabriken von Kavala ist sozialistisch organisiert. Das ist viel! Wer frei organisiert ist — der ist Europäer, nicht nur Orledge oder Rosebone oder Franke, Britie und Deutscher. Seht ihr das jetzt erst — unser Dampfer „Seyros“ führt am Bordemast das rote Banner der Arbeiter Europas. Freiheit! Freiheit! Freiheit!

Tausende Köpfe begleiten unser Schiff — und eine Schar breitgefügelter Bekannte streicht vorweg, dem Lande zu: der Insel zu — die da blaugrau aus den opalescences Weggelstufen vor uns aufliegt. Insel Thafos — größer und größer wird sie, unsere Sonntaginsel, die heute unsere Freiheitinsel sein soll. Wir sind schon da — im kleinen Hafen Bulgars — unter Bogen und Scherzen geht es von Bord, 300 Menschen aus Kavala auf Thafos!

Bulgars, das enge Städtchen. Laßt uns eine Mastika trinken — einen süßen Anisknaps, die Mädchen nehmen einen Moroschino, einen Wandelflor — ja: und jetzt schnell weiter — zur Höhe, aufwärts, auf den 1000 Meter hohen Berg hinauf: auf den Appharion. Strapinos — die Hügel, die Männer ziehen die Jaden aus — und die Frauen und Mädchen öffnen die Kermelknöpfe an den Brüsten — Luft überallhin — und immer kräftig aufwärts, die Kinderchen wollen nicht mehr — wie, was — was sind die Pappas da, Babboos: nehm doch die Kinderchen auf den Buckel: laßt sie reiten: die Babboos müssen auch mal Mutis sein — die Tabakstochter von Kavala reiten auf den Berg Appharion, Insel Thafos in der See Ägäis.

Um Mittag sind wir droben, am Berg. Alle Tempelruinen, gestürzte Säulen und zerfetztes Architrav — hier oben am Berge Appharion thronen einst die Götter — herrschten die Götter — heute herrscht das Volk: das denkende Volk ist kein eigener Gott — heute müssen die Götter das wollen, was der denkende Mensch fordert. Droben über das sanfte Grün des Himmels segeln kleine weiße Wölkchen — wie freie Gedanken, so jart und so feucht!

Tabaksvolk von Kavala auf Thafos. Gelagert auf den Tempeltrümmern, gelagert im hellen Sonnenlicht, umlungen vom Höhenwind — tausend Meter über der opalescences Ägäis. Hört ihr rauschen? Riecht die See rauschend von unten herauf — sondern der Höhenwind spielt Harfe in den Kronen der Finkenbäume. Dichter Finkenwald wächst den Berg Appharion herauf — der Gipfel des Berges ist fast — hier war der Tempel der Götter: Venus tanzte mit Mars, Apoll mit Aphrodite — und der bodenständige Pan blickte die Birkenslöte, die weiße, die Langpfeile! Auch heute, am Sonntag, wird am Gipfel des Berges Appharion getanzt — das Tabaksvolk aus

Kavala hat ebenso freudige Langbeine wie die Götterherrschten der Antike sie hatten. Tabakstochter tanzt mit dem Tabaksvolk. Und Vater schwingt die schwingende Mutter (sie wiegt zweieinhalb Zentner), sie schwingt wie ein lodes Weinsch — aber das tut dir gut, Mamina — als getanzt, als rundern, bis du mager wirst. Und die Russt, die Birkenslöte, die Birkenslöte? Ach was, Fjölle — wir gehen ins zweite Jahrlaufend — wir machen Rajchinnamuff: das Grammaphon spielt uns zum Tanze auf — Jass und Schleher — Tango und Schlango — aus den Felsenpalästen gucken die Götter — was ist das für eine verdorrte Welt geworden!

Die Kinder aber sind auf Jagd — hinter den wilden Jiegen her, her hinter den wilden Kaninchen. Kinder — habt ihr was gefangen? Ja, eine Handvoll blauen Bergengian — und blutrote Erfa — oi, strahimbis: die Blumen, Kamen, Blumen. Bindet die Blumen zu Kränzen — und gebt sie den Kindern und Jungfrauen aufs Haupt. Laßt uns die Menschen schmücken — trotz dem Reide der Götter, wie sie aus den Trümmern und Felsenriffen herauslugen — vorbei sind die Zeiten, da der Mensch seine Götter bekränzte — nochmals: der denkende Mensch ist selber Gott! Vater Papadopolli hält eine kleine Rede — sozialistische Gedanken auf der Gipfelhöhe des Berges Appharion, Insel Thafos — unten die weite See Ägäis — opalen und lila. Droben in der Luft zirkeln zwei Geier: der Geist des Kindes und der Krieger! Vater Papadopolli aber feiert in seiner Rede den Geist des Friedens und der Freundschaft! Auf den Trümmern der kriegerischen Götterwelt blüht der Gedanke der neuen Welt: Die vereinigten Volksstaaten von Europa! Dreimal hoch dafür — und danke — und nun heimwärts.

Wend, Nacht. Wir sind wieder an Bord — früher Wind ist angekommen, der Dampfer tanzt leicht in der See, manche werden seefrank — manche nicht — droben über uns glühern die Sterne — und über der Halbinsel Athos schimmert durch den Himmel der Halbmond: blig und gelb. Dann blüht der Leuchtturm von Kavala auf — die Lichter der Stadt werden hell und heller — und Punkt 12 Uhr gehen wir von Bord. Genossen: die Hände zum Abschied — der Ausflug nach Thafos war schön. Und morgen wieder Fahrt: Tabak, Tabak, Tabak!

Ein unerschöpflicher Schatz

Im Jahre 1912 mochte ein französischer Marktender, der sich bei der in Mittelmarokko vorrückenden Heeresgruppe befand, bei dem Orte El-Borudsch einen sonderbaren Fund: er entdeckte nämlich unter dem Schutt, der bei einer Brunnendöringung zutage gefördert wurde, — Haifischzähne. Diese Haifischzähne zeigten an, daß sich an jener Stelle in früheren Erdperioden Meeresboden befunden haben mußte, und da die Phosphatlager im übrigen Nordafrika Ablagerungen auf dem Meeresboden aus früherer Tertiärzeit sind, so konnte man aus dem Vorhandensein der Haifischzähne im Boden Marokkos auf das Vorkommen dieses überaus wertvollen Düngemittels schließen. Die Annahme hat sich in einem Maße bewahrheitet, das niemand voraussagen konnte, denn Marokko ist heute das reichste Phosphatland der Erde. Ueber die fast unerschöpflichen Lager, die man auf mehr als 3 Milliarden Tonnen schätzt, macht Jakob Axelrod in der „Umschau“ nähere Mitteilungen.

Erst nach dem Weltkrieg ging man daran, durch systematische Schürfungen die Lager festzustellen, und entdeckte 1919 große Mengen hochwertiger Phosphate, die 75 bis 78 Proz. phosphorhellen Kalk enthalten, im Ued-Abdun-Berge, und bald folgten weitere Entdeckungen noch bedeutenderer Funde an anderen Stellen. Zunächst wurde der Abbau in dem Ued-Abdun-Berge begonnen, das in einer eben Landschaft liegt. In dieser nur von armen Araberstämmen bewohnten Wästen entstand ein mit den modernsten Einrichtungen versehenes Phosphatbergwerk und in seiner Nähe das Städtchen Kuricha, dessen schmud angelegte Häuser nur von Beamten und Arbeitern des Werks bewohnt werden. Die Phosphate werden unter Tag in gewöhnlichem Jochenbetrieb gefördert. Da sich aber die Phosphatschichten in nur geringer Tiefe von 20 bis 40 Meter befinden, so dringt man durch feisliche Tunnel zu den Lagerstätten vor und bringt die Schätze direkt ins Freie, so daß man keiner Förderförche bedarf. Das Rohphosphat wird dann gereinigt und getrocknet, bis es verandfähig ist. Als sein gefeichtes Mehl werden die Phosphate in Sonderwagen über die elektrifizierte Eisenbahnstrecke Kuricha-Casablanca direkt an den „Phosphat-Kai“ des Hafens gebracht, von wo sie in den Schiffsabraum gelangen. Diese Anlage des „Phosphat-Kais“ in Casablanca ist die größte Verschliffungsanlage der Welt, denn hier können täglich rund 5000 Tonnen verladen werden. Da die Phosphatlausfuhr Marokkos ständig steigt und nächstens 2 Millionen Tonnen jährlich überschreiten dürfte, soll die Anlage noch bedeutend erweitert werden. Deutschland steht als Kunde Marokkos an dritter Stelle.

Da sämtliche Bodenschätze Marokkos zum Staatseigentum erklärt sind, so wird die Gewinnung von dem „Scherischen Phosphatamt“ betrieben, das mit einem Grundkapital von 36 Millionen Franken geschaffen wurde. Dieses ist eine Privatgesellschaft, deren sämtliche Aktien dem Staat gehören. Das Phosphatamt zahlt Steuern wie jedes andere Unternehmen und hat keinen einzigen staatlich angestellten Beamten. Die marokkanischen Phosphate haben sich den Weltmarkt erobert: die Ausfuhr, die 1922 60.000 Tonnen betrug, war 1929 auf 1,5 Millionen Tonnen angewachsen, und die Reiteinnahmen, die 1929 70 Millionen Franken betragen, bilden einen bedeutenden Faktor im marokkanischen Staatshaushalt. Diese Schätze bedeuten einen unerschöpflichen Reichtum für den scherischen Staat, denn außer den Lagern von Kuricha, den einzigen, die gegenwärtig ausgebaut werden, gibt es noch ungeheure Lager bei Ben-Gerir und Schilchawa, deren Gehalt auf 3 Milliarden Tonnen geschätzt wird.

Das Geheimnis des Weißbrots

Ein reines Weis wird oft für ein Zeichen der guten Qualität des Brotes gehalten. Aber nur wenigen dürfte bekannt sein, daß diese schöne Farbe — künstlich erzielt wird. Selbst reines Weizenbrot könnte nicht dieses auffallend helle Aussehen, das man so oft feststellen kann, annehmen, weil auch Weizen einen bestimmten Farbstoff enthält. Um dem Geschmack des Publikums entgegenzukommen, wird das Mehl von den Mülsern mit verschiedenen Chemikalien gebleicht. In Amerika werden neuerdings farbenentziehende Fermente noch etwas rätselhaft ist, bewirken auf ebenfalls noch nicht ganz geklärte Weise chemische Umsetzungen. Das zum Entfärben gebrauchte Ferment ist ein Pflanzenprodukt, das erst der Teilgärung zugefügt wird. Das Bleichen geht während des Gärens und Backens vor sich.

Polens Einwohnerzahl. Die Bevölkerung Polens wächst alljährlich um ungefähr 420.000 Seelen an. Die Geburtsziffer beträgt jährlich etwas über eine halbe Million. Laut dem „Anatomik Statistisches“ machte die Bevölkerung Polens im Jahre 1921 27.176.717 Seelen aus, am 1. Januar 1929 dagegen 30.408.248, davon 19.458.738 römisch-katholische (64 Proz.) und 3.319.878 griechisch-katholische (10 Proz.). Nach dem Anstien der Durchschmittforschung betrug Polens Einwohnerzahl am 1. Juli des laufenden Jahres 31.038.000 Personen.